Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr 926.) Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. (Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 32. Freitag, den 7. Februar 1902. 9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die deutsche Eisenindustrie und das Ausland.

wp. Bekanntlich ist das Kennzeichnende des neuen Zolltarifs, neben der Erhöhung der Lebensmittelzölle eine enorme Steigerung der Eisenzölle. Man sollte nun meinen, daß die deutsche Eisenindustrie unter einer furchtbaren ausländischen Konkurrenz zu leiden habe, oder daß diese sie jedenfalls unmittelbar bedrohe. Man höre indessen folgenden Bericht der Börse zu Dortmund, die in der Eisenfrage höchst kompetent ist:

„Nach der jetzt vorliegenden Statistik ist der starke Rückgang im Verbrauch von Eisen allein auf das Inland zurückzuführen, während das Ausland, namentlich England und Nordamerika, große Mengen von Deutschland bezogen hat und heute noch bezieht. In unserem Verhältniß zu Großbritannien ist thatsächlich eine vollständige Umkehrung des bisherigen Zustandes eingetreten: während Deutschland bis jetzt Roheisen von dort bezogen hat — in Jahren des Aufschwungs bis zu 3 bis 4¾ Millionen Tonnen jährlich — geht gegenwärtig nicht nur Spiegeleisen, sondern auch Hämatit und anderes Roheisen in großen Mengen dorthin. Halbzeug wird von Deutschland bis in das Herz des amerikanischen Industriebezirks gesandt, und von ihrer Erzeugung an Halb- und Fertig-Erzeugnissen schicken manche Werke 60 bis 70 Prozent und sogar bis 80 Prozent in das Ausland. . . . Die Eisengießereien und Maschinenfabriken hatten verschiedenen Beschäftigungsgrad, auch sie arbeiten zum großen Theil bis über die Hälfte ihrer Erzeugnisse für das Ausland.“

Das klingt nicht gerade so, als wenn die deutsche Eisenindustrie vom Auslande bedrängt wäre. Vielmehr hätte die englische oder amerikanische Industrie Grund, darüber zu klagen, daß die deutsche Eisenkonkurrenz „bis in das Herz des amerikanischen Industriebezirks drünge.“

Thatsächlich gestaltete sich der auswärtige Handel Deutschlands in Eisen und Eisenwaaren wie folgt:

Januar-Oktober	Einfuhr	Ausfuhr
1899	7,9 Mill. Mtr.-Ctr.	12,7 Mill. Mtr.-Ctr.
1900	8,5 „ „ „	12,5 „ „ „
1901	3,0 „ „ „	18,4 „ „ „

Die Einfuhr ist gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte zurückgegangen, die Ausfuhr um 50 Prozent gestiegen.

Nach dem letzten Bericht der „Köln. Ztg.“ über die Lage auf dem Eisenmarkt „geht die sehr starke Ausfuhr zunächst noch ungeschwächt weiter; sie betrug im November nahezu 52 Proz. der Roheisenerzeugung und wird für die nächsten Monate jedenfalls auch mindestens die Hälfte in Anspruch nehmen“.

Woher kommt es aber, daß die deutsche Eiseneinfuhr zur Zeit des industriellen Aufschwungs gestiegen war und daß sie jetzt, zur Zeit der Krisis sinkt, während die Ausfuhr an Eisen und Eisenwaaren steigt? Das Räthsel ist nicht schwer zu lösen. Die kartellirte deutsche Eisenindustrie hat den Aufschwung mit seinem steigenden Eisenbedarf dazu ausgenützt, um die Eisenpreise enorm in die Höhe zu treiben. Das erst machte eine Steigerung der ausländischen Eisenzufuhr möglich. Der deutschen Eisenindustrie kam es aber wenig darauf an, ob etliche Millionen Meter-Centner mehr aus dem Auslande eingeführt wurden, da sie selbst mit Aufträgen überhäuft war und zu exorbitanten Preisen verkaufte. Als aber mit der Handelskrisis die Eisenpreise sanken und die Konkurrenz sich verschärfte, da erst kam die Ueberlegenheit der deutschen Eisenproduktion zur Geltung. Jetzt stieß die deutsche Eisenindustrie mit Leichtigkeit die ausländische Konkurrenz zurück und breitete rasch ihren ausländischen Absatz aus.

Zur Zeit des Aufschwungs half das Ausland, den Eisenmangel, unter dem die gesammte Industrie litt, zu mildern, zur Zeit der Krisis bietet es einen willkommenen Absatzplatz für die deutsche Eisenproduktion. Alle Handelsberichte stimmen darin überein, daß die Steigerung der deutschen Eisenausfuhr sehr heilsam auf die Geschäftslage der deutschen Eisenindustrie gewirkt habe. Man kann sich leicht vorstellen, welche Stagnation in der Eisenindustrie Platz griffe und wie tief die Eisenpreise gesunken wären, wenn nicht, wie jetzt, die Hälfte der deutschen Eisenproduktion nach dem Ausland abgeschoben wäre. Die Beziehungen zum Ausland wirken also regulirend, mäßigend. Wie wird es nun aber, wenn die Eisenzölle erhöht werden? Dann wird zur Zeit der Produktionserweiterung die Eisennoth um so schlimmer sein, während zur Zeit der Krisis die deutsche Eisenindustrie nicht mehr wie jetzt im Auslande ihren Absatz wird erweitern können, denn — Zölle gegen Zölle: werden in Deutschland die Eisenzölle erhöht, so wird eine Erhöhung der Eisenzölle in Amerika die unausbleibliche Antwort sein. In beiden Fällen also: Hemmung der industriellen Entwicklung.

Das beweist abermals, daß die Grundlage des neuen Zolltarifs keine handelspolitische, sondern eine fiskalische ist.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 5. Februar 1902.

Der Reichstag beschäftigte sich heute in seiner ganzen Sitzung noch mit dem Reichsversicherungsamt. Herr Tirpitz kann warten. Auch morgen muß erst der Etat des Reichsamts des Innern erledigt werden, ehe das Reichsmarineamt an die Reihe kommt. Die heutigen Verhandlungen beschäftigten sich fast ausschließlich mit den gestrigen Anklagen Stadthagens; außer einem Geheimrath polemisirten noch die Abgg. Oertel, Hilbck und Roesicke gegen ihn. Herr Oertel und Herr Roesicke sind sonst geschworene Gegner, aber in der Vertheidigung der Berufsgenossenschaften fanden sie sich zusammen. Herr Hilbck behauptete, daß der einzige positive Vorschlag, den Stadthagen gestern gemacht hätte, der 8 Studentag wäre und gegen diesen hat er eine unüberwindliche Abneigung. Sieht er doch in seinem ahnungsvollen Gemüthe hinter dem 8 Stundentag schon die Forderung des Arbeitstages von 6 oder 7 Stunden auftauchen. Stadthagen blieb den Angreifern nichts schuldig und hielt seine Behauptungen in vollem Umfange aufrecht.

Weiter geführt wurde die Debatte nur von unseren Genossen Hoch und Herzfeld. Genosse Herzfeld forderte die Neufestsetzung der durchschnittlichen Jahreslöhne bei den land- und forstwirthschaftlichen Arbeitern und der ortsüblichen Tagelöhne für die Industriearbeiter in Mecklenburg. Hier sagte Graf Posadowsky eine Anregung bei der mecklenburgischen Regierung zu. Ebenso versprach er, die Forderung unseres Genossen Hoch zu erfüllen und die Baugenossenschaften durch das Reichsversicherungsamt ermahnen zu lassen, für eine Kontrolle der Bauten zu sorgen. Sehr energisch sprach sich der Minister gegen das Kapitalabfindungsverfahren aus, das einzelne Berufsgenossenschaften der Rentenzahlung vorgezogen haben.

135. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Berathung des Etats des Reichsamts des Innern (Kapitel Reichsversicherungsamt) wird fortgesetzt

Ministerialdirektor Caspar: Die Gehälter für die Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften werden allein von den Unternehmern aufgebracht. Selbst wenn aber 50 000 Mk. zu viel von den Berufsgenossenschaften gezahlt worden sind, so steht dem gegenüber eine Leistung der Unternehmer für die verunglückten Arbeiter, die seit Bestehen der Unfallgesetze 600 Millionen Mark beträgt. Für die Ausarbeitung der Statistik ist ein besonders statistisch ausgebildeter Beamter zugezogen worden. Das Material der Berufsgenossenschaften haben wir mehrfach nachgeprüft. Eine Vermehrung der Unfälle im Allgemeinen ist nicht zu konstatiren. Erheblich vermehrt haben sich nur die Unfälle, die vorübergehende Erwerbslosigkeit zur Folge hatten. Das kommt daher, weil die Arbeiter jetzt viel häufiger auch geringfügige Unfälle anmelden.

Dr. Oertel (K): Auch wir würden es verurtheilen, wenn die Aerzte im Interesse der Berufsgenossenschaften die Interessen der Arbeiter vernachlässigten. Daß die Unfallversicherung sehr viel Elend aus der Welt geschafft hat, wird niemand leugnen. — Die Arbeitgeber haben ein Interesse daran, nach Möglichkeit für Verhütung von Unfällen zu sorgen. Daß die Unfallstatistik tendenziös ist, kann ich nicht finden. Daß in den Fragen nach den Ursachen auch die Betriebsgefahren enthalten sind, ist klar, da diese überall bestehen. Lange Arbeitszeit, Mangel einer Arbeiter-Organisation aber sind nur mittelbare Ursachen. — Die Unachtsamkeit ist in der Regel um so größer, je mehr Schutzvorrichtungen bestehen; die landwirthschaftlichen Arbeitgeber können es in Bezug auf Vorsicht mit jedem aufnehmen Wenn das, was Abg Stadthagen über die Ehrenvorsitzenden gesagt hat, wahr ist, so ist das sehr bedenklich. im Falle Felisch ist es aber nicht so. Redner vertheidigt Herrn Felisch gegen die einzelnen Vorwürfe des Abg. Stadthagen. Ich erkenne durchaus die Pflicht an, Mißstände hier zur Sprache zu bringen, wenn man sich aber getäuscht hat, muß man auch den Muth haben, dies offen zu bekennen. (Bravo! rechts.)

Hilbck (NL): Die Berufsgenossenschaft ist gar nicht an das Urtheil des Vertrauensarztes gebunden, und das Reichsversicherungsamt bindet sich sehr häufig nicht an das Urtheil dieser Aerzte Es ist unglaublich, daß Herr Stadthagen behauptet, die Unternehmer hätten einen Nutzen von den Unfällen. Er hat auch die Einstellung ungelernter Arbeiter als Ursache von Betriebsunfällen angeführt, gerade die Sozialdemokraten sind doch die Hauptgegner des Befähigungsnachweises. Die Praxis des Reichsversicherungsamtes bei Unfällen der Arbeiter ist eine sehr milde; es wird manches als Unfall angesehen, was kaum als ein solcher bezeichnet werden kann.

Dr. Herzfeld (SD.): Auch die Statistik der Unfälle in landwirthschaftlichen Betrieben weist die stetige Zunahme derselben auf. Die Zahl der Tödtungen stieg von 1877 im Jahre 1890 auf 2608 im Jahre 1896 und auf 2661 in 1900 Ebenso hat die Zahl der Verletzten zugenommen, ohne daß die Zahl der Lohnarbeiter in der Landwirthschaft gestiegen wäre Die Vermehrung der Unfälle hängt zusammen mit der agrarischen Zusammensetzung der Vorstände der Landesversicherungsanstalten. Die agrarischen Beamten thun ihren Standesgenossen nicht gern wehe. Ist dem Staatssekretär bekannt, daß in Mecklenburg die bei den landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften durch die Versicherten vorzunehmenden Wahlen in unzulässiger Weise durch den engeren Wahlausschuß erfolgen? Gleichzeitig möchte ich wiederholt eine Neufestsetzung der Durchschnittslöhne der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter in Mecklenburg anregen. Auch die Neufestsetzung der ortsüblichen Tagelöhne, die seit Jahren nicht mehr in Mecklenburg erfolgt ist, wäre dringend nothwendig an der Hand einer laufenden Lohnstatistik (Sehr richtig! bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: In Mecklenburg hat man, da organisirte Krankenkassen nicht in genügender Zahl vorhanden waren, einen Ausschuß der Ritterschaft und Landwirthschaft damit betraut, die Arbeitervertreter, die zur Theilnahme an der Verwaltung der Versicherungsanstalten berechtigt sind, zu wählen. In Preußen geschieht das durch die Kreisausschüsse. Ungewöhnlich ist nur, daß man bei diesem Verfahren ganz Mecklenburg als einen weiten Kommunalverband betrachtet. Das bedeutet eine Ausnahmemaßregel. — Ich habe mich an die verbündeten Regierungen gewandt mit dem Ersuchen, den Tagelohn landwirthschaftlicher Arbeiter anderweitig festzusetzen. In Preußen ist das geschehen, ich muß annehmen, daß es in Mecklenburg auch geschehen ist. Die neue Abtheilung des statistischen Amts wird ihre Thätigkeit natürlich auch der Lohnstatistik zuwenden.

Büsing (NL.) vertheidigt die Vorstände der Landesversicherungsanstalten in Mecklenburg gegen die Vorwürfe des Abg. Dr. Herzfeld.

Roesicke-Dessau (wildlib.): Nach dem Unfallgesetze dürfen die Ueberschüsse der Sondervermögen der Versicherungsanstalten im Interesse der Versicherten verwendet werden. Auf Grund dieser Bestimmung wollte die Landesversicherungsanstalt Berlin den in ihrem Sanatorium untergebrachten, ledigen Arbeitern ein Taschengeld gewähren, der Bundesrath lehnte dies jedoch ab. Der Ton, den gestern Abg. Stadthagen gegen das Reichsversicherungsamt angeschlagen hat, ist ebenso extrem wie der des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Für die Angriffe gegen den Präsidenten Gäbel fehlte jede thatsächliche Unterlage. (Abg. Stadthagen ruft: Sie sind ja bewiesen!) Es ist ja in der Sozialdemokratie vielfach üblich, aus einzelnen Fällen heraus ein Anathema gegen Mitglieder einer anderen Partei herzuleiten. Wir Unternehmer sind ja nicht gewohnt, von Ihnen (zu den Sozialdemokraten) mit Glacehandschuhen angefaßt zu werden, aber einen solchen Ton, wie ihn Herr Stadthagen in die Verhandlungen hineingetragen hat, war man bisher nicht gewohnt. Wir verallgemeinern auch die Fälle nicht, wenn ein sozialdemokratischer Arbeitgeber einzelne Fehler begeht! Haben wir jemals im Reichstag auf Grund von Einzelfällen ein Urtheil über die gesammte Arbeiterschaft Deutschlands gefällt? — Aus den Berichten der Berufsgenossenschaften ergiebt sich, daß die Zahl der Todten und Schwerverwundeten keineswegs, wie Abg. Stadthagen behauptete, in einem Jahre 107 000 betrug. Die meisten davon sind ganz kleine Verletzungen, die blos 13 Wochen gedauert haben. (Abg. Stadthagen: Blos 13 Wochen!) Es ist zuzugeben, daß sich die Unfälle vermehrt haben. (Abg. Stadthagen: Na also!) Das hat seinen Grund aber darin, daß eine große Menge ungeschulter Arbeiter beschäftigt werden müssen. Herr Stadthagen hat die Akkordarbeit als Mordarbeit bezeichnet. Es giebt aber gewisse Berufe, wo dieselbe nicht zu entbehren ist. Die sozialdemokratische Partei duldet Anhänger der Akkordarbeit in ihren Reihen, da sollte Herr Stadthagen doch nicht so mit doppeltem Maße messen. Wenn das, was Herr Stadthagen über die Ehrenvorsitzenden der Berufsgenossenschaften gesagt hat, wahr ist, mißbillige ich es entschieden. Redner schließt mit dem Wunsche, daß sich der Ton im Reichstag nicht verschlechtere.

Hoch (SD): In der Unfallversicherung darf nie ein Geschenk für die Arbeiter gesehen werden. Der Unternehmer sollte verpflichtet sein, die Schäden im vollen Werthe zu ersetzen. Daß so viele Millionen auf Grund der Unfallversicherung an die Arbeiter gezahlt wurden, zeigt nur, in welchem Maße die Unfälle vorkommen. An den Unfällen sind eine Reihe von Umständen schuld, die nur auf das Konto der heutigen Gesetzgebung und der Unternehmer zu setzen sind. Vor Allem ist die Kontrolle ungenügend. Das Reichsversicherungsamt hat durch die Novelle zur Unfallversicherung weite Kontrollbefugnisse erhalten, es hat auch die Berufsgenossenschaften zu Erwägungen einer besseren Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften aufgefordert. Was war die Antwort? Ich vermuthe, daß gerade die Bauberufsgenossenschaft gegen die Baukontrolle größeren Widerspruch erheben wird. Ich frage, ob das Reichsversicherungsamt gegenüber dem Widerstreben der Baugenossenschaft etwas thun will. Angesichts des Griesheimer Unfalls haben wir den Vorwurf gegen die Berufsgenossenschaften und Fabrikinspektoren erhoben, daß sie ihrer Pflicht nicht in vollem Umfange nachgekommen seien. Ich frage, ob unsere Anklagen gegen die Behörden nicht durch die Untersuchung als vollständig gerechtfertigt erschienen sind. Das Reichsversicherungsamt konnte umso eher einen Einblick in die Verhältnisse gewinnen, als ein Mitglied dieser Behörde Zeuge dieses Unglücks war. Auf die Beschwerden über die Vertrauensärzte hat der Herr Staatssekretär darauf hingewiesen, daß ein anderer Arzt als der Vertrauensarzt auf Verlangen des Kranken gehört werden könne. Die Berufsgenossenschaften umgehen aber in illoyaler Weise die Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter. Man geht hier durchaus widersprechend dem Geiste des Gesetzes vor und verschleppt nur das Verfahren. — Redner führt dann einige Fälle an, in denen eine irrthümliche Auffassung der Berufsgenossenschaft zu Tage getreten sei. Es fehlt uns leider an wirthschaftlich unabhängigen Aerzten; die Berufsgenossenschaften wachen sorgsam darüber, daß ihre Vertrauensärzte genau wissen, wie abhängig sie von ihnen sind. Das Reichsversicherungsamt hat im Juli 1901 ein Rundschreiben an die Berufsgenossenschaften erlassen, daß die Kapitalabfindung statt der jährlichen Rente den Rentenempfängern nicht zum Vortheil gereiche. Diese wichtige Auffassung hat aber bei den Berufsgenossenschaften keine Beachtung gefunden. Ich bitte das Reichsversicherungsamt, diesen Mißständen entgegenzutreten. — Aus verschiedenen Bezirken habe ich Beschwerden erhalten, daß sich die Berufsgenossenschaften beim Wahlverfahren herausgenommen haben, dem Ausschuß, auch den Arbeitermitgliedern, eine vollständige Liste

der zu Wählenden vorzulegen. Damit hört doch eine freie Wahl der Arbeiter auf. Hoffentlich werden die organisirten Arbeiter hier Wandel schaffen. Die Unfallversicherung krankt daran, daß die Arbeiter nicht zur Mitarbeiterschaft herangezogen werden. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Zunahme der Unfälle in der Landwirthschaft liegt darin, daß, je mehr das Gesetz in das Volk eindringt, desto mehr Entschädigungsanträge gestellt werden. — Zur Verhütung der Bauunfälle hat das Reichsversicherungsamt ein Rundschreiben an die Berufsgenossenschaften erlassen. Diese handeln in ihrem eigenen Interesse, wenn sie ihr möglichstes zur Verhütung von Unfällen thun. — Was die Stellung der Vertrauensärzte betrifft, so steht unzweifelhaft dem Verletzten das Recht zu, auch einen unparteiischen Arzt zu rekurriren, und ich habe den dringenden Wunsch, daß diese Bestimmung ganz unzweideutig gehandhabt wird. Was die Behauptung des Herrn Hoch angeht, so halte ich es für richtig, daß alles vermieden wird, damit der unparteiische Arzt, den der Verletzte nach den klaren Bestimmungen des Gesetzes verlangen kann, nicht in den Verdacht geräth, im Abhängigkeitsverhältniß zu der Berufsgenossenschaft zu stehen. (Sehr richtig! links).

Franken (NL.): Die Arbeitgeber wehren sich keineswegs dagegen, die Unfallverhütungsvorschriften anzuerkennen. Die Schwierigkeit liegt nur daran, die Arbeiter an die neuen Vorschriften zu gewöhnen.

Stadthagen (SD.) [mit Lärm auf der Rechten empfangen]: Keiner der Redner hat irgend etwas von meinen Angaben widerlegen können. Es freut mich, daß der Staatssekretär das Vorgehen einiger agrarischer Gemeinden, die Lasten der Berufsgenossenschaften auf die Arbeiter in Form von Steuern abzuwälzen, als rechtswidrig anerkannt hat. Von den 13 Ehrenvorsitzenden, die ich gestern angeführt habe, ist mit Ausnahme eines einzigen Falles auch nichts als unrichtig erwiesen worden. Welche Tiefe der Anschauung gehört dazu, sich hierher zu stellen (Gelächter rechts), und zu thun, als ob ich wer weiß für ein großes Verbrechen begangen habe, wenn von den 13 einer unschuldig ist und Herr Felisch nicht ebenso ist, wie die übrigen. Herr Oertel hat mit seiner Erwiderung so sehr vorbeigehauen, daß man seiner Versicherung, er habe eine schlaflose Nacht gehabt, glauben kann. (Heiterkeit.) Herr Roesicke hat dann in dieselbe Kerbe gehauen; ich freue mich immer, wenn ich die beiden Herren Arm in Arm kämpfen sehe. Die Angriffe, die ich gegen den Präsidenten des Reichsversicherungsamts erhoben habe, will ich gern auch auf die übrigen Mitglieder des Kollegiums ausdehnen, die derartige Beschlüsse gefaßt haben, wenn dem Staatssekretär damit gedient ist. Wenn Herr Bandtke Mitglied dieses richterlichen Kollegiums ist, so kann ich dem Staatssekretär nur erwidern, daß in einer objektiven richterlichen Behörde nur Leute mit richterlichen Funktionen sitzen sollten. Herr Oertel hat es auch unternommen, Herrn Blasius zu glorifizieren, den auch Graf Posadowsky und Herr Hilbck hat fallen lassen. Die Aerzte als solche habe ich nicht angegriffen. Ich habe das Institut der Vertrauensärzte bekämpft, weil es mit Nothwendigkeit zu solchen Erscheinungen wie Blasius führen muß. Herr Blasius hat sich herausgenommen, das Gutachten zweier hervorragender Aerzte außer Acht zu lassen, und ohne den Mann selbst gesehen zu haben, die Rente von 40 auf 25 Prozent herabzusetzen. Dadurch degradirt sich der Betreffende zum Lakaien der Berufsgenossenschaft. Wenn die Unfallgesetzgebung ein Drittel vom Schadensersatz abschneidet, dann muß der Gewinn für die Unternehmerklasse von Jahr zu Jahr steigen. Zwei Reihen habe ich aufgestellt, ich habe gefragt, wie stände es, wenn das bürgerliche Gesetzbuch das Verschuldungsprinzip aufgenommen hätte. Bei dieser Reihe kommt ein Vortheil von 94—120 Millionen für die Unternehmerklasse heraus. Dann habe ich eine zweite Reihe aufgestellt und angenommen, daß man nicht weiter, als das Haftpflichtgesetz gehen würde. Dann würde die Summe in diesem Jahre immer noch 25 Millionen überschreiten. Herr Hilbck hat dann gemeint, die Vertrauensärzte seien nicht so schlimm, weil die Berufsgenossenschaften nicht an ihre Urtheile gebunden seien. Gebunden ist die Berufsgenossenschaft nicht, aber sie hält sich daran. Weshalb hat man im Falle Blasius überhaupt das Gutachten dieses Mannes eingefordert? Doch nur, um die Rente herabzudrücken. Prof. Sprengler sagt ausdrücklich, die Vertrauensärzte sind dazu da, um die Rente herabzudrücken. Stellen Sie sich einmal vor, Herr Oertel, daß Sie in einem Betriebe — etwa als Zuschauer — einen Unfall erleiden. Sie stellen fest, daß eine Schutzvorrichtung nicht vorhanden gewesen ist und daß Sie selbst nicht fahrlässig gewesen sind. Ein Arbeiter erhält in solchem Falle ein schmale Unfallrente, Sie aber lassen sich bei Ihrem Arzt auf Ihre verminderte Erwerbsfähigkeit untersuchen, oder, wenn es zur Klage kommt, bei dem unparteiischen Arzt, den das Gericht bezeichnet. Ein Arbeiter kann eben nicht klagen, Herr Oertel aber kann klagen.

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Nehmen Sie doch Ihre Beispiele nicht aus der Reihe Ihrer Kollegen im Hause. (Gr. Heiterk.)

Stadthagen (fortfahrend): Die Vertrauensärzte sind geradezu dazu angestellt, um die Rente herabzudrücken. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Weiße Raben unter den Vertrauensärzten fliegen bald hinaus. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich greife die Berufsgenossenschaften an, nicht den ehrenwerthen Stand der Aerzte, die nur durch den Kapitalismus geschädigt werden. Mit großen Zahlen machen Sie (nach rechts) uns nicht irre. Die setzen sich zusammen aus kleinen Renten, aus Brocken für das Elend. Meine Vorwürfe gegen die Parteilichkeit der Unfallstatistik muß ich aufrecht erhalten. Das Material der Berufsgenossenschaften ist parteilich. Die Grundsätze des Reichsgerichts sind bei der Beurtheilung der Unfälle nicht beachtet, ebensowenig die Rede des Kaisers vom 11./11. 1900 im Handels- u. Oekonomiekollegium zu Danzig. Auch meine Angriffe auf Herrn Gäbel sind von Herrn Möhle nicht widerlegt worden. Ein Vorsitzender, der ungesetzliche Zustände nicht beseitigt, kann nur sein Amt niederlegen. Die krampfhaften Versuche, unsere Partei auseinander zu loben, sind eben so alt wie lächerlich. Ungerechtfertigte Verallgemeinerungen sind gerade eine Kampfesart des Bürgerthums. — Wenn ich die Zahl 107 657 für die Fälle schwerer Verwundung in einem Jahre angegeben habe, so habe ich als solche ausdrücklich alle Fälle bezeichnet, die den Tod oder eine Behandlung über 13 Wochen zur Folge haben. Ich halte meine Angaben aufrecht, denn eine Verletzung, deren Heilung 13 Wochen in Anspruch nimmt, kann keine leichte Verletzung sein. In der That ist die Zahl der Unfälle von Jahr zu Jahr gestiegen. Die Zahl von 107 000 Verwundeten ist eine furchtbare Anklage gegen die gesetzgebenden Faktoren. Es müssen alle Mittel angewandt werden, um diese Zahl zu verringern. Dies ist aber erst zu erreichen, wenn eine größere Zahl Sozialdemokraten in den Reichstag gelangt ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten)

Hiermit schließt die Diskussion. Der Titel 1 wird angenommen, ebenso debattelos eine Reihe weiterer Titel.

Beim Titel „Zur Remunerirung von richterlichen Beamten" fordert

Dr. Stockmann (Rp.) eine pensionsfähig zu machende Remuneration von 1200 auf 1500 Mk.

Direktor im Reichsschatzamt Thiele sagt die Berücksichtigung dieses Wunsches in Zeiten besserer Finanzlage zu.

Der Titel und der Rest des Kapitels „Reichsversicherungsamt" wird bewilligt.

Die Kapitel „Physikalisch-technische Versuchsanstalt" und „Kanalamt" werden debattelos genehmigt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.

(Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats des Reichsamts des Innern; zweite Berathung des Marineetats.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Gerücht von einer neuen deutsch-englischen Verstimmung kursirt seit einigen Tagen. Es stützt sich auf den Umstand, daß der Prinz von Wales jüngst nicht, wie im Reiseprogramm vorgesehen war, fünf, sondern nicht einmal volle drei Tage in Berlin geweilt habe. Er reiste am Dienstag Vormittag ganz unvermittelt ab, trotzdem noch für den Abend desselben Tages vom englischen Botschafter ein großes Ballfest veranstaltet worden war, zu dem der ganze Hof eingeladen war. Bei diesem Ballfest fehlten denn auch die beiden Hauptpersonen: der Prinz von Wales und der Kaiser. Gleich nach der Abreise des Prinzen von Wales hieß es in den offiziös vom Hofmarschallamt unterrichteten Zeitungen, der Abstecher nach Strelitz sei nur eine Einlage, der Prinz werde schon am folgenden Tage, am Mittwoch, wieder zurückkehren. Auch von Strelitz wurde Dienstag die Nachricht in Umlauf gesetzt, der Prinz treffe am anderen Tage schon um 10 Uhr wieder in Berlin ein. Thatsächlich aber kehrte am Mittwoch der englische Thronfolger nicht nach Berlin, sondern nach London zurück. Diese auffallende Veränderung der Reisedispositionen des Prinzen von Wales giebt zu dem allerdings äußerst naheliegenden Verdacht Anlaß, daß es zwischen dem englischen Thronfolger und dem deutschen Kaiser aus irgend einem Grunde zu einer Verstimmung gekommen sein muß.— Inzwischen wird bereits offiziös verkündet, daß das obige Gerücht „eine leere Erfindung" sei. Der Besuch des Prinzen von Wales habe vielmehr zu einer gegenseitigen loyalen und offenen Aussprache über die Bülow-Chamberlain-Affaire geführt. Diese Aussprache, weit entfernt, mit einem Mißklang zu enden, habe in ihrem ganzen Geiste und Inhalt wesentlich dazu beigetragen, daß man in den maßgebenden deutschen und englischen Kreisen den Zwischenfall für definitiv abgethan hält. Das kann glauben, wer Lust hat.

Die Kommission des Reichstags für das Branntweinsteuergesetz hat Dienstag ihre erste Sitzung abgehalten und zunächst Stellung zu der Thatsache genommen, daß der preußische Landwirthschaftsminister in seinem Ministerium am 3. Dezember durch einen Vertreter der Spirituszentrale einen Vortrag hat halten lassen, zu dem Vertreter der Konservativen, Freikonservativen, der Nationalliberalen, des Zentrums und der polnischen Mitglieder dort eingeladen worden waren. Es wurde beschlossen, den Minister zu ersuchen, die Verhandlungen dieser Konferenz der Kommission zugängig zu machen. Unterstaatssekretär Fischer vom Reichsamt warnte in der Generaldebatte vor zu weitgehenden Anträgen und erklärte, daß insbesondere der Antrag Müller-Fulda, welcher die Maischbottich- und Materialsteuer vom 1. September 1902 beseitigen und durch einen Zuschlag auf die Verbrauchsabgaben ersetzen wolle, das Zustandekommen eines neuen Gesetzes gefährdet. Eine gleiche Erklärung gab ein Vertreter der bayerischen Regierung ab. Auf Antrag der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde dann beschlossen, von der Regierung eine Uebersicht sämmtlicher Brennereien nach Betriebsart, Jahresproduktion und Kontingent einzufordern und weiter eine Uebersicht über die im Ringe vorhandenen Genossenschaftsbrennereien mit Angabe der Zahl der Genossen, ihrer Haftsumme und ihres Antheils an der Produktion.

Die Zolltarifkommission des Reichstages setzte Mittwoch die Debatte über die Transitlager fort, ohne sie zu enden. Es kämpften wieder Graf Posadowsky und die süddeutschen Bundesrathsbevollmächtigten Schulter an Schulter mit den Sozialdemokraten und Freisinnigen gegen die agrar-schutzzöllnerischen Anträge. Von einigem Werth ist noch die Erklärung Posadowskys im Laufe der Debatte, daß demnächst zwölf gemischte Transitlager, die nur in's Zollinland Getreide absetzen, daher angeblich überflüssig sind, aufgehoben werden sollen. Die Transitlager in den Seestädten und in Mannheim sollen auf alle Fälle bestehen bleiben.

Der Kampf um den Zolltarif. Ein kalter Wasserstrahl nach dem andern schießt aus offiziösen Spritzen auf die agrarischen Hochschutzzöllner hernieder. Eine Berliner Zuschrift der offiziösen „Südd. Reichskorresp." führt aus, die agrarische Presse unterschätze absichtlich den Widerstand der verbündeten Regierungen gegen eine hochschutzzöllnerische Verschärfung des Zolltarifs. Die Schutzzölle des Entwurfs seien so festgesetzt, daß damit die auch im Interesse der Landwirthschaft liegende Sicherung der Einfuhr und Ausfuhr durch den Abschluß von Handelsverträgen zur Noth noch vereinbar ist. Der Reichskanzler ist nach bestem Wissen und Gewissen bei der Einlösung seines der Landwirthschaft gegebenen Versprechens bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Für die angestrebten Sperrmaßregeln gegen Einfuhr landwirthschaftlicher Erzeugnisse giebt es und wird es keinen Reichskanzler geben. — Das ist etwas deutlicher noch als die Erklärung in der „Norddeutschen." Ob sie indessen die gewünschte Wirkung auf die Mehrheit der Zollkommission ausüben wird? Selbst die konservative „Kreuzztg." empfiehlt jetzt ihren Parteigenossen, daß sie eine Einigung über Anträge anstreben möchten, die für die Regierung nicht von vornherein unannehmbar seien. Aber die Führung in diesem Kampfe hat der Bund der Landwirthe, und seine Autoritäten haben bisher noch nicht die mindeste Lust zum Einlenken erkennen lassen; lediglich das führende Agrarierblatt, die „Deutsche Tageszeitung" giebt in seiner Mittwoch-Abendnummer sehr deutlich die Neigung zu erkennen, auf einen Kuhhandel einzugehen. Vorläufig verschanzt sich das Oertel'sche Blatt noch dahinter, daß bisher ein Kompromiß in greifbarer Form noch nicht vorliege. Nur abwarten! Nationalliberale und Zentrum strengen bereits ihren Scharfsinn an, die berüchtigte „mittlere Linie" zu finden.

Das Organ der Nickelstählernen, die „Berliner Neuesten Nachrichten", wollten jüngst beweisen, daß sie um Gotteslohn bei der Flottenpropaganda die Rolle des Animirmädchens übernommen hatten. Sie versicherten unlängst, daß Herr Krupp jetzt weder direkt noch indirekt Aktien an den „Berliner Neuesten Nachrichten" besitze. Nunmehr schreibt man der „Freisinnigen Zeitung" aus Essen, gleichwohl seien nach wie vor die „Berliner Neuesten Nachrichten" als Organ der Firma Krupp zu bezeichnen. Vorsitzender des Aufsichtsraths der Aktiengesellschaft ist nämlich Rechtsanwalt Wandel in Essen. Letzterer ist aber nur Rechtsanwalt im Nebenamt; er ist fest angestellter Beamter der Firma Krupp, hat ke Rechtsanwaltsbureau und führt die Prozesse seiner Firm Im Aufsichtsrath befindet sich Finanzrat Jencke, der Leiter der Kruppschen Fabrik. Daß He Wandel zum Vorsitzenden des Aufsichtsraths ernannt i dürfte wohl nur geschehen sein, um den Einfluß der Firm Krupp auf die „Berliner Neuesten Nachrichten" in d Oeffentlichkeit nicht hervortreten zu lassen.

Ein glänzendes Fiasko machte der Bund der Lan wirthe am Sonntag mit seiner vom Oberamtmann Rin Düppel einberufenen Kreisversammlung in Te tow, die auf den Besuch der Generalversammlung i Zirkus Busch vorbereiten sollte. Nachdem der Vortragend Redakteur Herfurth-Berlin, zwei Stunden das Program des Bundes entwickelt hatte, trat man ihm aus der Mi der Versammlung in längeren und kürzeren Ausführunge so zahlreich und wirksam entgegen, daß die Erwiderunge des Bundesredners nur herzlichem Gelächter begegneten. E Landwirth hob ausdrücklich hervor, daß von einer Noth d Landwirthschaft im Kreise Teltow keine Rede sein könne, d hier gerade die Absatzverhältnisse für die Landwirthscha vorzüglich seien. Schließlich wurde aus der Mitte der Ve sammlung spontan eine Resolution gegen jede Ge treidezollerhöhung angenommen.

Billige Arbeitskräfte für die Agrarier! Na Meldungen russischer Blätter ist, wie man der Berlin „Volksztg." schreibt, die Arbeitslosigkeit in Rußland seh groß. Mit Beginn des Frühjahrs hoffen viele russische A beiter die Grenze zu überschreiten, um in Deutschland Be schäftigung zu finden. Die „Preußengängerei" wird i diesem Jahre noch viel stärker werden, als in den Vor jahren. Schon jetzt sind fast 30 000 Halbpässe ausgestell für Arbeiter, die nach Deutschland gehen wollen. — Da Ganze nennt sich in Deutschland „Schutz der nationale Arbeit".

Kleine politische Nachrichten. Für die Reichstags ersatzwahl an Stelle des Grafen Klinckowström im Wahlbezir Rastenburg-Gerdauen-Friedland ist Herr vo Rautter-Kanoten als Kandidat für die konservative Partei i Aussicht genommen. — Die Budgetkommission de Reichstages hat Mittwoch nach längerer Debatte die Forderung für den Neubau des Militärkabinets an der Prin Albrechtstraße mit allen gegen 4 konservative Stimmen abge lehnt. — Die Löhne der Bergleute des Ruhr gebiets weichen weiter langsam zurück. Die Durch schnittsnettolöhne des Reviers Essen für die gesammte Belegschaf betrugen im vierten Quartal 1901 im Mittel noch 4,30 Mk. fü achtstündige Schicht gegen 4 40 im dritten, 4,41 im zweiten un 4,42 im ersten Quartal 1901 — Die Sozialdemokraten beantragte in der Berliner Stadtverordnetenversammlung daß für männliche Arbeiter unter 18 Jahren der Besuch eine Fortbildungsschule obligatorisch gemacht wird, und weite eine Aufhebung der Verfügung, welche die Dienstentlassung der z militärischen Uebungen eingezogenen städtischen Arbeiter anordnet. — Direktor Schmidt von der verkrachten Kasseler Trebertrocknung wird vorläufig von Frankreich nicht ausgeliefert worden. Ob der Verhaftete als Zeuge nach Kassel kommen wird, ist ebenfalls noch ungewiß, keinesfalls aber noch in dieser Woche. — Ueber die Nr. 46 des „Simplicissimus" wurde, nach einer Meldung der „Frankf. Ztg." aus München, das Kolportage-Verbot verhängt wegen einer Bemerkung in einem Beitrage Peter Schlemihls. Die beste Reklame! — Ein Sergeant der 3. Kompagnie des 53. Infanterie-Regiments in Kalk bei Köln tödtete sich am Mittwoch auf seiner Kasernenstube durch einen Schuß in den Kopf; Motiv der That war Furcht vor einer in Folge Dienstvergehens zu erwartenden Strafe. — Der Kaufmann Müller wurde wegen Unterschlagung von 15 000 Mark städtischer Sparkassengelder von der Strafkammer in Görlitz zu 1½ Jahren Gefängniß verurtheilt. — Nach dem „Pos. Tagebl." ist die Verordnung des russischen Finanzministers, alle aus Deutschland eingehenden Sachen einer besonders gründlichen Durchsuchung zu unterziehen, dadurch veranlaßt worden, daß in letzter Zeit die revolutionäre Arbeiterbewegung im Weichselgebiet sich stärker geregt hat. Die russischen Behörden nehmen an, daß die Fäden der Bewegung im Auslande zusammenlaufen. — Aus Wien wird gemeldet: Der Reichsraths-Abgeordnete Hans v. Arz wurde wegen Diebstahls im Ordinationszimmer eines Zahnarztes zu zweimonatlichem Kerker und Adelsverlust verurtheilt. — In Turin erloschen Dienstag Abend 10 Uhr infolge des Ausstandes der Glasarbeiter sämmtliche Laternen und mußten die Hauptstraßen nothdürftig erleuchtet werden. Mittwoch war die Gaslieferung an Private bis auf weiteres eingestellt worden. — Die russische Gewaltpolitik in Finland wird von den Einwohnern noch immer passiv bekämpft, da andere Mittel bei dem gewaltigen Uebergewicht Rußlands erst recht nicht zum Ziele führen würden. So ist, wie der „Frkf. Z." aus Helsingfors gemeldet wird, im Bisthum Borga das neue Wehrpflichtgesetz in 16 Gemeinden noch immer nicht von den Pastoren verlesen worden. Der Bischof richtete daher kürzlich an die betreffenden Pfarrer die Aufforderung, das Gesetz unverzüglich von den Kanzeln zu verlesen. Hierauf weigerten sich 14 Landpfarrer und 2 Stadtpfarrer ausdrücklich, das Gesetz in ihren Kirchen bekanntzugeben. Der finländische Senat, leider ein willfähriges Werkzeug des russischen Gouverneurs, hat nun die Angelegenheit dem Staatsanwalt übergeben. — Das englische Unterhaus nahm mit 246 gegen 125 Stimmen die Bill an, nach der die Ehe mit der Schwester der verstorbenen Ehegattin für gesetzmäßig erklärt wird. — In Barcelona wurde wieder einmal von der Polizei eine Ladung für die Carlisten bestimmter Bajonette beschlagnahmt. — Die Senatoren der Insel Samos unterbreiteten, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, dem Sultan eine Bittschrift, in der sie ausführen, daß durch die Belassung des Fürsten auf seinem Posten wegen der schlechten Verwaltung die Ruhe der Insel ernstlich gefährdet würde. Die Senatoren ersuchen gleichzeitig um die Entsendung eines Kommissars zum Zwecke der Untersuchung und Abberufung des Fürsten. — Aus Kabul (Afghanistan) wird durch „Reuters Bureau" gemeldet, daß Fanatiker sich in ungewöhnlicher Weise bemerkbar machen; es würden Unruhen befürchtet. Der Anstifter sei, wie angenommen werde, Hadda Mullah, der den Emir in jeder Beziehung beeinflussen soll und bei der formellen Einsetzung des Emirs am 20. März amtiren wird. Es heißt, zwei Fakirs mit zwei oder drei Mullahs schürten die Erregung. — Im amerikanischen Repräsentantenhause legte Cochran eine Resolution vor, welche den Präsidenten Krüger zu einem Besuch Amerikas als Gast der amerikanischen Nation einladet. — Das von der venezolanischen Regierung als Piratenschiff erklärte, früher „Bau Nigh" genannte Schiff „Libertador" soll auf der Fahrt nach Porto Colomba durch ein venezolanisches Kanonenboot zum Sinken gebracht sein.

Belgien.

Die Kirche hat einen guten Magen. Eine enorme Ausbreitung haben die geistlichen Ordensgesellschaften und religiösen Kongregationen in Belgien in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gefunden. Während es im Jahre 1846 in Belgien 779 Klöster mit nahezu 12 000 thätigen Mitgliedern gab, zählte man 1900 nicht weniger

als 2225 Klöster mit 37 700 Ordensangehörigen. Der Gesammtwerth der den Klosterleuten gehörigen, von ihnen bewohnten oder vermietheten Gebäude beläuft sich auf ca. 730 Mill. Fr.; der Versicherungswerth der inneren Einrichtung, der Kultusgeräthe, des Mobiliars usw. beträgt 365 Mill. Frank, so daß das den katholischen Ordensgesellschaften gehörige Eigenthum dieser Art eine Gesammtsumme von 1095 Millionen Frank repräsentirt. Hiermit ist aber der Besitz der geistlichen Orden noch keineswegs erschöpft. Landgüter, Wälder, Weiden, Werkstätten, Geschäftshäuser, Hotels, die von Mittelspersonen bewirthschaftet bezw. betrieben werden, sind Eigenthum der Kongregationen, deren wirklicher Eigenthumsbesitz daher den buchmäßig nachweisbaren Bestand noch sehr erheblich übersteigen dürfte.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze kann Kitchener einen neuen Erfolg der englischen Uebermacht melden. Lord Kitchener telegraphirt aus Pretoria vom 4. Februar: Eine englische Abtheilung unter Byngs Kommando griff nach einem von Liebenbergvlei ausgehenden Nachtmarsche den Kommandanten Wessels an. Die Engländer erbeuteten zwei Geschütze, die dem Oberst Firman vorher abgenommen worden waren, und das letzte Geschütz Dewets. Auf Seiten der Buren fielen 5 Mann, 6 wurden verwundet und 27 gefangen genommen. Unter den Gefallenen befindet sich Feldkornet Wessels, unter den Gefangenen Kapitän Muller von der Staatsartillerie. Die Verluste der Engländer sind (angeblich) leicht. Die Briten nahmen ferner drei Munitionswagen weg. Die National-Scouts aus Middelburg machten 13 Gefangene, Oberst Plumer bei Amersfoort 7 Gefangene. Gilbert Hamilton nahm 32 Buren gefangen, zwei Buren sind im Kampfe gegen ihn gefallen. — Aus New-York meldet „Laffan's Bureau": Eine dem Blatte „The Sun" aus Pretoria zugegangene telegraphische Meldung giebt die Gesammtzahl der gegenwärtig in der Oranjekolonie stehenden Buren auf 4450 an, die über weite Gebiete zerstreut seien, sich aber in der Hauptzahl im Nordosten aufhielten.

Australien.

Die Arbeiter gegen die englische Raubpolitik. Aus Sydney meldet „Wolffs Bureau": In ihrer Schlußsitzung wurde von der Konferenz der „Politischen Arbeitsliga" nach lebhafter Debatte mit 39 gegen 25 Stimmen eine Resolution angenommen, welche sich für Autonomie der Buren, Amnestie der Kaprebellen und Wiederaufrichtung der Farmen ausspricht. Die Resolution soll dem Premierminister des Bundes und dem Führer der liberalen Partei im Reichsparlament vorgelegt werden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 6. Februar.

Der Zuzug von Schiffbauern, Schlossern, sowie überhaupt von Metallarbeitern nach Kiel ist streng fernzuhalten, da die Germania-Werft nachgewiesenermaßen Lohndrücker von auswärts zu importiren versucht.

Der Jahresbericht des Verbandes der Schneider, Zahlstelle Lübeck, für das Jahr 1901 ist als ein äußerst günstiger zu bezeichnen. Beim Beginn des verflossenen Jahres standen die Schneider Lübecks von einer Revision ihres Lohntarifs. Die neu aufgestellten Posttionen desselben wurden in verschiedenen in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern abgehaltenen Sitzungen durchberathen; am 16. März 1901 wurde der Tarif von den Meistern anerkannt. So hatte die Lohnbewegung einen günstigen Verlauf genommen und zwar ohne Kampf. Die Einführung von Betriebswerkstätten wurden seitens der Meister zum 16. März 1902 zugestanden. — Im Laufe des Jahres wurden 18 ordentliche, 8 außerordentliche und 5 öffentliche Versammlungen abgehalten, in denselben referirten die Genossen Albrecht, Reißhaus, Stühmer, Wissell, Schwartz und Bartels. Die im Auftrage des Hauptvorstandes vorgenommene Arbeitslosenzählung ergab Folgendes: Im 1. Quartal waren von 65 befragten Kollegen 46 gleich 577 Tage, im 2. Quartal von 86 befragten Kollegen 34 gleich 178 Tage, im 3. Quartal von 89 befragten Kollegen 60 gleich 1447 Tage und im 4. Quartal von 86 befragten Kollegen 55 gleich 707 Tage arbeitslos; insgesammt waren im verflossenen Jahre 76 Kollegen 2907 Tage arbeitslos, — Die vom Verband aufgenommene Altersstatistik beweist, daß sich die Mitglieder desselben zum größten Theil aus älteren Kollegen und nicht aus Frege'schen „grünen Jungen" rekrutiren. Bis zu 25 Jahren sind alt 45 Kollegen, bis zu 50 Jahren 122, bis zu 65 Jahren 11 und 71 Jahre zwei Kollegen. Die Mitgliederzahl hat im Berichtsjahre um 39 zugenommen; dieselbe beträgt 180. Gegründet wurde die Zahlstelle im Jahre 1888 mit 82 Mitgliedern. Die Gesammteinnahme betrug im Berichtsjahre 2291,79 Mk.; hiervon wurden an 60 Kollegen 68,92 Mark Reiseunterstützung gezahlt. Seit dem Bestehen der Zahlstelle sind zusammen 16 178,59 Mark eingenommen worden. — Aus diesem kurzen Bericht geht zur Genüge hervor, daß sich die hiesige Filiale auch im verflossenen Jahre immer weiter entwickelt hat, und daß sie sich von Jahr zu Jahr langsam, aber sicher hebt. Mögen die Schneider auch in diesem Jahr alles daransetzen, um ihre Organisation noch mehr zu stärken; der Kollegenschaft zum Schutz, dem Unternehmerthum zum Trutz.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Am letzten Mittwoch standen 6 Fälle zur Verhandlung. Der landwirthschaftliche Arbeiter J. erlitt am 16. November 1901 dadurch einen Unfall, daß er von dem Schweif eines Pferdes in das rechte Auge getroffen wurde. Dr. Dammann in Schwartau überwies nach dreitägiger Behandlung den Verletzten dem Lübecker Krankenhause, woselbst er 14 Tage verblieb. Auf Vorschlag von Dr. Gaggow bewilligte die Kommission eine 5prozentige Rente; gegen diesen Bescheid erhob der Verletzte Berufung und beantragte Gewährung einer Rente von 10 Prozent. Er begründete diesen Antrag, mit der geringeren Sehschärfe, welche eine Folge des Unfalles sei. Das Schiedsgericht wies jedoch die Berufung als unbegründet zurück. — Von größerem Erfolge begleitet war die Berufung des Forstarbeiters A., der am 18. Februar 1901 im Forstbetriebe beim Holzaufstapeln ausglitt und eine erhebliche Quetschung der linken Hüfte davontrug. Dr. Hinrichsen hielt den Verletzten für völlig erwerbsunfähig. Am 22. Juni wurde derselbe dann in das Allgem. Krankenhaus aufgenommen; er erhielt bis zum 21. Juni die Vollrente. Bei seiner Entlassung aus dem Krankenhause schätzte Dr. Roth die Erwerbsunfähigkeit auf 25 Prozent, während Dr. Riedel 33⅓ bis 35 Proz. in seinem Obergutachten in Vorschlag brachte. Die Kommission hatte dann die Rente auf 25 Prozent herabgesetzt. Auf eingelegte Berufung sprach das Schiedsgericht dem Verletzten, der ein völlig gebrochener Mann ist, seinem Antrage entsprechend 75 Prozent Rente zu. — Anläßlich eines am 23 September 1900 erlittenen Unfalles erhielt der 19 Jahre alte Knecht eine 75prozentige Rente. Auf Vorschlag von Dr. Rohwedder in Oldesloe wurde dann die Rente auf 50 Prozent herabgesetzt. Hiergegen legte Verletzter Berufung ein mit dem Antrage, ihm 65 Prozent zu gewähren. Das Schiedsgericht erkannte dem Antrage des Klägers entsprechend. — Beim Herabsteigen von einem Dache fiel der Dachdecker E. in Nusse infolge Bruchs der Leiter auf die Erde; er hatte eine Stauchung des rechten Fußgelenkes erlitten. Ihm wurde eine Rente von 15 Prozent zuerkannt. — Nach einem Gutachten von Dr. Reisch, welcher keine weiteren Folgen des Unfalles feststellen konnte, wurde dann dem Verletzten die Rente entzogen. Seine hiergegen eingelegte Berufung wurde verworfen, nachdem auch Dr. Riedel in einem Obergutachten sich der Ansicht des Vertrauensarztes angeschlossen hatte. — Die Ehefrau R. bezog anläßlich eines am 4. Februar 1899 im Betriebe ihres Mannes erlittenen Unfalles, der einen Bruch des rechten Unterschenkels zur Folge hatte, eine 50prozentige Rente. Später wurde dieselbe auf 30 Proz herabgesetzt, um im Vorjahre eine abermalige Herabsetzung auf 25 Proz. zu erfahren. Auf Grund eines Gutachtens trat dann abermals eine Herabsetzung um 10 Prozent ein, gegen welche Verletzte Berufung erhob. Nachdem Dr. Riedel eine 25prozentige Rente empfohlen hatte, erkannte das Gricht dem Antrage der Verletzten gemäß. — In einer weiteren Sache wurde Einholung eines Obergutachtens beschlossen.

Jahresbericht der Müller, Zahlstelle Lübeck, für 1901. Unsere Mitgliedschaft zählte am Schlusse des Jahres 60 Mitglieder gegen 67 im Vorjahre. Im Laufe dieser Zeit sind 18 Mitglieder aufgenommen worden, übergetreten sind 2, ausgetreten 4; zum Militär eingezogen ist 1 und gestrichen nach § 4 unseres Verbandsstatuts sind 18 Kollegen. An Wochenbeitragsmarken wurden 2860 an die Mitglieder verabfolgt. Die Gesammt-Einnahme inkl. Kassenbestand betrug 927,48 Mk., hiervon wurden an die Hauptkasse abgeführt 534,75 Mk., lokale Ausgaben waren 210,11 Mk., bleibt somit ein Lokal Kassenbestand von 183,62 Mk. In der Privatkasse befanden sich 84,70 Mk.; dieselbe hatte eine Einnahme von 63,05 Mk., eine Ausgabe von 70,70 Mk., es verbleibt somit ein Kassenbestand von 77,05 Mk An Versammlungen wurden 12 Monats- und eine Extra-Versammlung abgehalten. Von diesen waren 4 mit Vorträgen; in 2 derselben hielt Westfehling Vorträge über die Entwickelung der Müllerei, und über den Arbeits-Nachweis. In den anderen beiden sprach Th. Bartels über die Verschmelzung der Lebensmittelbranche und über die Sozialgesetzgebung. Diese Versammlungen waren im Durchschnitt von 44 Proz. der Ortsanwesenden besucht. Nach Beschluß des letzten Verbandstages wurde der Wochenbeitrag von 20 Pfg. auf 30 Pfg. ab 1. Juli v. J. erhöht, wofür eine Arbeitslosen- und Kranken Unterstützung vom 1. Juli dieses Jahres an gewährt wird. Ebenfalls wird am 1. Januar d. J. an die Hinterbliebenen in Todesfällen ein Sterbegeld, je nach Höhe der Gesammt-Mitgliederzahl berechnet, ausbezahlt. In Bezug auf Lohn und Arbeitszeit waren in den größeren Mühlen einige Verbesserungen zu verzeichnen. Auf der Grützmühle wurde die Arbeitszeit seit dem 1. April um eine Stunde verkürzt und ebenfalls der Wochenlohn am 1. Sept. um 1 Mk. erhöht. Die Kunstmühle nahm ebenfalls im Frühjahr eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde vor, und die dort in der Mühle beschäftigten Müller bekamen einen einheitlichen Wochenlohn von 22 Mark. Auf dem Mühlendamm wurde die Arbeitszeit von 7 bis 7 Uhr eingeführt; es wird aber morgens um 6 Uhr angefangen und diese Stunde mit 40 Pfg. als Ueberstunde bezahlt. Auf den andern Mühlen sind (außer der Genossenschaftsmühle, die schon seit dem vorigen Jahre eine Verkürzung vorgenommen hatte) wesentliche Verbesserungen nicht getroffen. An Vergnügungen fanden im Herbst ein Müllerball und ein Kommers statt. — Also auch hier ist ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit haben im verflossenen Monat Januar 29 Personen erworben.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamte angenommen worden: J. H. C. Beitel, Erbpächter in Krempelsdorf. C. W. B. Beuthling, Müllergeselle. A. H. F. Burmeister, Schiffbauer. H. H. L. Dahl, Förster zu Wesloe. G. C. K. E. Denker, Kaufmann. F. Gapa, Schneidergehülfe. C. B. Horstmann, Prokurist. J. J. A. Hudoffsky, Gärtner. A. O. Klischat, Schiffer auf der Zollbarkasse. H. A. Klobke, Kaufmann. L. Ch. H. Kober, Malermeister. H. J. H. Kröger, Bauunternehmer. P. T. E. H. Martens, Kaufmann. Dr. jur. E. Meyer, Amtsrichter. C. A. Müller, Schneidergehülfe. J. H. Petersen, Kaufmann. Ch. F. W. Röpcke, Gärtner. H. P. N. Russ, Böttchermeister. F. A. Schleicher, Zahnarzt. W. M. J. Spethmann, Schänkwirth. J. H. Westphal, Heizer auf der Zollbarkasse und J. H. Ch. Wilms, Arbeiter. Dieselben haben am 29. Januar 1902 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Die Einbrecher, welche, wie gestern berichtet, den Hafen unsicher machen, haben Dienstag Nacht auch dem schwedischen Segler „Framat" einen Besuch abgestattet. Aber auch hier ist nur alles durchwühlt und verwüstet worden, Entwendungen sind nicht zu verzeichnen. Den Thätern, deren Vorgehen recht sonderbar erscheint, ist man bereits auf der Spur.

Kleptomanie?? In einem hiesigen Waarenhause wurde Dienstag Abend eine anscheinend den „besseren" Ständen angehörende Dame ertappt, als sie sich eines Eigenthumsvergehens schuldig machte. Sie wurde zunächst aufgefordert, die entwendeten Gegenstände zu bezahlen. Die Dame war jedoch sehr entrüstet über diese angeblich unberechtigte Beschuldigung und weigerte sich, durch ein Eingeständniß und durch Bezahlung der Waaren die Sache aus der Welt zu schaffen. Nunmehr machte man der Polizei auf telephonischem Wege Mittheilung von der Angelegenheit. — Der Polizeibericht meldet hierüber Folgendes: Ermittelt wurde eine Frauensperson, die in einem hiesigen größeren Geschäfte sich ein Kleid rechtswidrig aneignete. Bei einer bei derselben vorgenommenen Haussuchung wurden noch zwei aus demselben Geschäft stammende Kleider vorgefunden.

Staatsanwalt Dr. Lienau soll sicherem Vernehmen nach beabsichtigen, als Landrichter an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Kulenkamp einzutreten.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Die Vorstellung am Freitag Abend beginnt bereits um 7 Uhr, weil an demselben Abend noch die Generalprobe für die Wohlthätigkeits-Vorstellung am Sonnabend stattfindet

Zusammenstellung der Einnahmen an Staatssteuern und Abgaben im Monat Januar 1902. Es gingen ein an: Einkommensteuer 16 489,51, Erbschaftssteuer 21 849,39, Veräußerungsabgabe 20 369,63, Stempelabgaben 34 254,60, Schiffsabgaben 13 726,05, zusammen 106 689,18 Mark gegen 101 535,19 Mark im gleichen Monat des Vorjahres, mithin ist ein Mehr von 5 153,99 Mark zu verzeichnen. Vom 1. April 1901 bis Ende Januar 1902 gingen insgesammt 2 074 661,35 Mark gegen 2 116 039,91 Mark im gleichen Zeitraum des vorhergehenden Jahres ein, demnach ist hier ein Weniger von 41 378,56 Mark vorhanden.

Ein seltenes Jubiläum findet Freitag Abend im Zirkus Varietee statt: die tausendste Spezialitäten-Vorstellung unter der Direktion Kalnberg-Rittscher. Die Vorstellung, welche, wie schon angekündigt, für den Leiter und Arrangeur dieser 1000 Vorstellungen, Heinrich Kalnberg, zum Benefiz- und Ehren-Abend bestimmt ist, verspricht ganz besonders interessant zu werden. Ganz abgesehen davon, daß die Künstler des zehnten Spielplans in ihren Glanznummern auftreten, werden auch noch drei neue Debuts stattfinden; ferner haben verschiedene artistische Kräfte von Hamburg ihre Mitwirkung zugesagt. Zwei Musikkapellen werden abwechselnd konzertiren, und der Benefiziant wird mit einem gänzlich neuen Kouplet-Repertoir aufwarten. Vereinsbillette und Vorzugskarten haben zu dieser Vorstellung keine Giltigkeit. Hoffentlich ist dem Benefizianten ein volles Haus beschieden!

Wegen vorzunehmender Reparaturen wird die Uhr der St. Aegidienkirche während einiger Tage die Arbeit einstellen.

Das Gerücht von einem Verkauf der Hansameierei, welches gegenwärtig recht lebhaft in unserer Stadt kolportirt wird, beruht nicht auf Thatsachen. Zwar war der Ankauf der Meierei von einem auswärtigen Konsortium geplant, die an derselben betheiligten Landleute haben jedoch keine Neigung, die Meierei zu verkaufen.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Wegen Unterschlagung wurde der Lehrling eines hiesigen Assekuranz-Geschäftes zur Anzeige gebracht. — Festgenommen wurde eine Former aus Jatznick, der seitens der Königlichen Amtsanwaltschaft in Stade wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung steckbrieflich verfolgt wird. — Ein Radfahrer, welcher gestern Nachmittag in der Hüxstraße einen 8 Jahre alten Knaben mit seinem Rade überfuhr, wurde zur Anzeige gebracht. — Festgenommen wurden am gestrigen Tage elf Personen wegen Bettelns und ein Trunkener.

pb. **Ermittelt** und festgenommen wurden in der Person zweier hiesiger Arbeiter die Diebe, welche am Mittwoch den 29. v. Mts. von dem in der Beckergrube haltenden Wagen eines Handelsmannes aus Herrnburg 25 Pfund Butter stahlen.

* **Kleine amtliche Nachrichten.** In das Handelsregister ist bei der Firma Johannes Moll eingetragen worden: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft ist mit der Firma auf den Kaufmann J. L. W. Sack als alleinigen Inhaber übergegangen. — Ferner ist eingetragen worden: a) die Firma: Georg Suchy, Lübeck. Inhaber: G. W. G. Suchy Kaufmann in Lübeck. Angegebener Geschäftszweig: Agentur- und Kommissionsgeschäft; b) die offene Handelsgesellschaft in Firma Spille u. v. Lühmann: Sitz: Lübeck. Persönlich haftender Gesellschafter: H. F. D. Spille, Kaufmann in Lübeck, Eduard von Lühmann, Kaufmann in Lübeck. Die Gesellschaft hat am 30. Januar 1902 begonnen. — Die Firma Johann Oldorf, Lübeck, und als deren Inhaber J. J. F Oldorf, Büchsenmacher, Lübeck Dem H. J F. Oldorf ist Prokura für diese Firma ertheilt. — Die Firma Rudolf Jaacks, Lübeck, und als deren Inhaber G. R. Jaacks, Kaufmann, Lübeck.

Stockelsdorf. Eine öffentliche Versammlung zur Gründung einer freien Hülfskasse findet am Sonntag Nachmittag 4 Uhr bei Herrn Paetau in Fackenburg statt. — Der Sozialdemokratische Verein hält am gleichen Tage, abends 7 Uhr, seine Mitglieder-Versammlung im selben Lokale ab. In dieser Versammlung wird Genosse Stelling-Lübeck einen Vortrag halten, über: „Vergangenheit und Zukunft". Pflicht der Genossen ist es, recht zahlreich in diesen beiden Versammlungen zu erscheinen.

Schwartau. Die Nationalsozialen an der Arbeit. Mittwoch Abend fand im Saale des „Hotel Jürgens" eine vom Nationalsozialen Verein einberufene öffentliche Versammlung statt, die aber zumeist nur von Arbeitern besucht war, abgesehen von einigen Lehrern. Das Referat hielt Herr Dr. Maurenbrecher-Berlin, der in einer fünfviertelstündigen Rede über die Zolltarifvorlage sprach und zugleich für die in Aussicht stehende Marinevorlage Propaganda machte. Von unserer Seite traten ihm in wirksamer Weise die Genossen Friedrich und Wissell aus Lübeck entgegen, sodaß schließlich der Fischzug der Nationalsozialen, die offenbar darauf ausgehen, bei der nächsten Wahl in diesem Wahlkreise einen eigenen Kandidaten aufzustellen, als völlig mißglückt zu betrachten ist. Das Schlußwort Dr. Maurenbrechers wurde mit fast eisiger Kälte aufgenommen, während den Ausführungen unserer Redner lebhafter Beifall folgte. Ein komisches Intermezzo, das dazu noch der Tragik nicht entbehrte, gab es mit dem Leiter der Versammlung, Herrn Kuhlmann, dem Agitationsreisenden der Nationalsozialen. Von Seiten eines Schwartauer Genossen war eine Resolution folgenden Wortlautes eingebracht worden:

> Die heute, Mittwoch, den 5. Februar, in Jürgens Hotel stattfindende Volksversammlung, einberufen vom nationalsozialen Verein, erblickt nach wie vor in der Sozialdemokratie die einzige politische Partei, welche sich in wirklich ernstlicher Weise der Interessen des gesammten Volkes annimmt und sich nicht mit Halbheiten abgiebt. Die Versammlung ist davon durchdrungen, daß die Vertreter der Sozialdemokratie nicht allein den Zolltarif, der in geradezu ungeheuerlicher Weise die unteren Schichten des Volkes belastet, ablehnen werden, sondern auch sich ebenso ablehnend gegenüber neuen Marinevorlagen oder anderen Ausgaben der Weltpolitik verhalten werden.

Herr Kuhlmann, der aus dem Verhalten der Versammlung nur zu deutlich gemerkt hatte, daß die Resolution mit überwältigender Majorität angenommen werden würde, erklärte, daß er über diese Resolution nicht abstimmen lassen werde. Die Versammlung sei eine öffentliche nationalsoziale Vereinsversammlung und keine Volksversammlung; er mache daher von seinem Hausrecht Gebrauch und lasse nur das zu, was ihm genehm sei. Nach längerem Hin und Her sah unser Genosse von einer Abstimmung über seine Resolution, die den Nationalsozialen eine so furchtbare Angst eingejagt hatte, ab, zumal der eigentliche Zweck ohnehin durch die Reden der beiden Lübecker Genossen und die Zustimmung der Versammlung zu denselben erreicht war. Als gegen 12 Uhr die Versammlung ihr Ende erreichte, gingen die Nationalsozialen ziemlich betrübt von hinnen, in Anerkenntniß dessen, daß ihnen wieder einmal die Felle fortgeschwommen waren.

Eutin. Schutz vor Schutzleuten. Am Sonnabend Mittag gegen 1 Uhr begab sich ein anscheinend etwas angetrunkener fremder Arbeiter in die in der Lübeckerstraße befindliche „Herberge zur Heimath", wurde jedoch vom Hausvater Gloe wieder hinausgewiesen. Noch in der Hausthür stehend, soll er dann vom Polizeidiener Müller heruntergeholt und dann, wie auch auf dem Wege zum Gefangenhaus von demselben in gerade nicht sehr sanfter Weise behandelt worden sein. Der Mann wurde gefesselt unter großem Auflauf durch die Straßen geführt. Die Erregung über die Behandlung des Mannes ist bei den Zuschauern eine so große gewesen, daß noch am gleichen Abend ein Schriftstück, in welchem die Sache klargestellt wurde, mit zahlreichen Unterschriften versehen, an den Ersten Staatsanwalt in Lübeck abgesandt worden ist. Gleichzeitig ist Letzterer aufgefordert worden, gegen den Polizeidiener gerichtlich vorzugehen. Da demnach Aussicht vorhanden ist, daß diese Angelegenheit noch die Gerichte beschäftigen und dort die ganze Sachlage nochmals aufgedeckt werden wird, so sehen wir mit Rücksicht auf die „berühmte Preßfreiheit" im deutschen Reiche bis zum Stattfinden der Verhandlung davon ab, den uns mitgetheilten Thatbestand der Oeffentlichkeit zu unterbreiten.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Durch Austragen der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung" während des Gottesdienstes soll ein Parteigenosse in Wilster eine Polizeiverordnung verletzt haben. Er erhielt ein Strafmandat über 5 Mk., obwohl er nach dem Postgesetze zu seiner Handlung berechtigt war. Leider erhob er seinen Einspruch zu spät, so daß er sowohl vom Schöffengericht wie auch vom Berufungsgericht abgewiesen wurde. — Am Donnerstag hatten sich in Harburg die Genossen Kasch und Bröcker wegen Beleidigung von 12 Mitgliedern des Wirthschaftlichen Schutzverbandes vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die Verhandlung wurde jedoch vertagt, da die erschienenen Schöffen als Mitglieder des Wirthschaftlichen Schutzverbandes als befangen abgelehnt wurden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der Landtag für das Fürstenthum Ratzeburg ist zum 24. Februar nach Schönberg berufen worden. Da die Regierung den Wünschen der bürgerlichen und bäuerlichen Vertreter auf Aenderung der Verfassung nicht nachgekommen ist, so wird auch dieser Landtag wieder beschlußunfähig sein. — Die Entlassungen auf der Germania-Werft in Kiel dauern fort. Dienstag sind abermals 10—15 Maler, ältere Leute mit höheren Löhnen, entlassen worden. — In Burg a. F. rettete der Bootsmann Weber 3 Mädchen, welche sich auf die schwache Eisdecke begeben hatten und eingebrochen waren, vom Tode des Ertrinkens. — In der Hamburger Bürgerschaft wurde Mittwoch die Berathung über den Antrag Stolten auf Errichtung einer Arbeiterkammer nach heftiger Debatte vertagt. — Der 61jährige Arbeiter Schumann und der Pensionär Conrad in Hamburg haben sich eines scheußlichen Verbrechens schuldig gemacht. Ersterer lockte in Altona ein 12jähriges Mädchen durch Verabfolgung von Süßigkeiten an sich und verschleppte das Kind in die Anlagen bei Wietzels Hotel. Dort vergingen sich die beiden alten Sünder an dem Mädchen. Beide Verbrecher wurden in Haft genommen. — Die Arbeitslosigkeit im und am Hamburger Hafen nimmt immer größere Dimensionen an. Arbeiter aus allen möglichen Berufen, speziell Bauarbeiter und Landarbeiter, strömen dem Hafen zu und stellen sich dort hin, um Arbeit zu bekommen. Der Hauptandrang der Arbeitslosen ist Morgens von $5^1/_2$ bis $6^1/_4$ Uhr; dann stehen Tausende auf eine Heuer wartende Leute längs den Vorsetzen in drei Glieder aufmarschirt. Dagegen ist der Schiffsverkehr äußerst minimal. — In dem Bremer Lloyddampfer „Saale", der auf der Werft von Downey u. Townsend auf Shooters Island reparirt wird und der dicht neben der Kaiseryacht liegt, brach Dienstag Abend bei starkem Winde Feuer aus, es wurde aber rasch gelöscht.

Bremen. Ein neuer Fall Kulenkampff-Elberfeld scheint in Bremen vorgekommen zu sein. Es wird darüber folgendes berichtet: Der Kommis St. der Firma C. U. kassirt am Freitag, den 31. Januar cr., einen Check über 20 200 Mk. hier bei der Reichsbank ein und glaubt beim Nachzählen 21 200 Mk. erhalten zu haben. Er eilt zum Kontor, um sich Gewißheit zu verschaffen, ob der Check vielleicht über 21 200 Mk. gelautet, doch erfährt er hier, daß er 1000 Mk. zuviel bekommen. Sofort zur Reichsbank zurück, sagt der Kassirer, daß kein Versehen vorgekommen. Darauf theilt der junge Mann dem Kassirer mit, daß er 1000 Mk. zuviel erhalten und vor einiger Zeit 20 Mk. zu wenig, zählt 980 Mk. auf den Tisch und geht in sein Geschäft zurück. Am Sonnabend früh wird St. im Kontor von einem Schutzmann verhaftet. Unten erwarten ihn noch weitere 2 Schutzleute und St. wird zum Stadthaus gebracht. Hier eröffnet ihm ein Kommissar, daß er hinreichend verdächtig, noch weitere 1000 Mk. erhalten zu haben, die dem Kassirer Abends beim Kassensturz noch gefehlt. Trotz Betheuerung seiner Unschuld und Angebot von Kaution in jeder Höhe seitens des Prinzipals wird St. gefesselt über die Straße ins Gefängniß geführt. Vom Sonnabend Morgen bis Montag Vormittag ist St. eingesperrt gewesen. — Die Firma C. U. hat dem jungen Manne vor der Oeffentlichkeit ein Vertrauensvotum ertheilt, indem sie dessen Ernennung zum Prokuristen veröffentlichte.

Flensburg. Die Glasfabrikanten pfeifen auf die Gesetzlichkeit! Der § 113 der Gewerbe-Ordnung schreibt vor:

Den Arbeitgebern ist untersagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.

Die Glashütte in Flensburg hat nun einem Arbeiter einen Entlassungsschein ausgehändigt, in dem sich folgender Nachsatz befindet:

„Mit einer Unterbrechung von ca. 8 Wochen hat p. St. vom 18. März 1900 bei mir in Arbeit gestanden."

Weshalb erwähnt man die Unterbrechung von 8 Wochen? Deshalb, weil diese Unterbrechung die Theilnahme des betreffenden an dem Generalstreik der Glasarbeiter bedeutet! Um ihre Unternehmerrache zu nehmen, schrecken die Herren Glasbarone selbst vor Ungesetzlichkeiten nicht zurück. Wird sich kein Staatsanwalt finden, der im öffentlichen Interesse gegen ein derartiges Verfahren einschreitet? Der § 113 der Gewerbe-Ordnung hat doch sicherlich denselben Anspruch auf Berücksichtigung wie der § 153!

Lübecker Marktpreise vom 5. Februar.

Bauern-Butter 1,05 Mk., Meierei-Butter 1,15 Mk., Hasen Stck. 3,00 Mk., Enten Stck. 3,50 Mk., Hühner Stck. 1,80 Mk., Küken Stck. —,— Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 0,00 Mk., Flickgans 3,— Mk., Schweinskopf 0,50 Mk., Schinken Pfd. 85 Pfg., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 8 Stck 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk, Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 1,— Mk.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 5 Februar.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 450 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Versandschweine schwere 60-61 Mk, leichte 60—61 Mk., Sauen 53 58 Mk. und Ferkel 57—59 Mk pr 100 Pfd.

Danksagung.

Allen Denen, welche meiner lieben Frau die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten sagen ihren besten Dank

Joh. Möller nebst Kinder und Verwandten.

Zu vermiethen zum 1. April **eine Wohnung**, 3 Zimmer, Keller und Stall. Näheres Schwartauer Allee 90 a, II

Mutterboden und Sand kann in der Arnimstraße 39 unentgeltlich abgefahren werden.

Ich erkläre Frau **Borchert**, Kl. Altefähre 10, für eine ehrenwerthe Frau, der ich nichts Schlechtes nachsagen kann und will. Auguste Kubnick.

Die Worte, die ich von Frau **Boller** gesagt habe, nehme ich zurück.

Frau **Kähler.**

Hochfeine Margarine
Pfd. 60 und 70 Pfg. empfiehlt
Th. Storm, Königstraße 98.

Grosse Auction!
am Freitag den 7. Februar 1902
Nachmittags $2^1/_2$ Uhr
14 Hundestraße 14
über: 2 neue Sophas, 1 eichener 2thüriger und 1 1thüriger Kleiderschrank, 1 Decimalwaage mit Gewichten, 1 Pult, 1 Kinderwagen, Trittleiter, ein Aufwasch, mehrere Musik-Automaten, ein Phonograph mit 6 Walzen, ein Posten Oelbilder mit gutgehender Uhr und Musik-Automat, 1 Handharmonika, 1 Drehorgel, Seife, Odeur, Roth- und Weißwein, Wallnüsse, emaillirte Kochtöpfe, Herren-, Damen- und Kinderstiefel, Körbe, Porzellan und Nippes, ein großer Posten sehr gute Cigarren, Masken-Anzüge, 1 Fahrrad, sehr gut erhalten, und v. a. Gen. m.
Joachim Ch. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator

Pr. geräuch. Schweinefleisch Pfd. 80 Pfg
„ Schweinsköpfe „ 45 „
„ Casseler Rippespeer „ 90 „
„ geräuch. Nackenstücke „ 85 „
ff. Aufschnitt per Pfd. 50 Pf. bis 1.60 Mk.
Jeden Sonnabend 5 Uhr:
Heisse Knackwurst.
M. Lahrtz, Schlachtermstr.
Fernsprecher 1291. Böttcherstraße 16

! Heute Abend !
Prima junges Rindfleisch . . 45 Pfg
Prima Bratenstücke . . . 50 Pfg.
Prima Hammelfleisch . . . 50 Pfg.
Prima Kalbfleisch . . . . 40 Pfg.
liefert
Fritz Möller, Wakenitzmauer 86,
bei der Großen Gröpelgrube.

Ausnahmsweise
junges Fleisch
sowie
sehr dicke Flohmen
empfiehlt
Hermann Buse, Hundestraße 62,
und Markthallenstand Nr. 1.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Ferdinand Lassalle's Reden und Schriften.

Neue Gesammt-Ausgabe.
Herausgegeben
im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
von **Ed. Bernstein.**

Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.

Bandausgabe:

Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—
in Halbfranz gebdn. (Liebhabereinband) „ 4,—
Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50
in Halbfranz gebdn. (Liebhabereinband) „ 5,50
Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—
in Halbfranz gebdn. (Liebhabereinband) „ 5,—

Zur Beurtheilung der geschichtlichen Entwickelung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesammtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei
e. G. m. b. H.

Die in der ordentlichen Generalversammlung vom 31. Januar 1902 beschlossene Dividende kann vom **Dienstag den 4. Februar d. Js.** ab an den Wochentagen von Morgens 9 bis 12 Uhr, Nachmittags von 3—6 Uhr, gegen Vorzeigung der Guthabenscheine im Comtoir der Genossenschafts-Bäckerei, Töpferweg 65, in Empfang genommen werden.

Der Vorstand.

Bierhalle Hans Kiene
Fischergrube 67.
Ausschank von ff. Münchener und Tafel-Bier der Hansa-Brauerei.

Vaterlandslose Gesellen.
Kurze Biographien der verstorbenen hervorragendsten Socialisten des 19. Jahrhunderts.
— Preis 50 Pfg. —
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Führer durch die **Strafprozessordnung.**
Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei.
Von **Dr. Hugo Heinemann.**
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Achtung Werftarbeiter

Diejenigen Arbeitslosen, welche 4 Wochen arbeitslos sind, haben sich bis Sonntag bei Legband, Friedenstraße 28, zu melden. Später sich Meldende werden nicht berücksichtigt.

H. Tzschüter.

Einladung zum Masken-Ball
des
Männer-Gesang-Vereins „Vorwärts"
am Sonntag den 9. Februar 1902
im Lokale des Herrn **Piquart**, Schwartau.
Anfang 7 Uhr. Maskenzug 8 Uhr.
Karten sind zu haben bei Ch. Sorgenfrei, Aug. Kuschnereit, Rensefeld; Hermann Bornholdt, Schwartau; Joh. Prehn, Tremserkamp.
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Comitee.

Kirschsaft, Flasche 35 Pfg. ohne Glas
Ia. **Brechbohnen**, 2 Pfd.-Dose 30 Pf.
Ia. **Schnittbohnen**, 2 Pfd.-Dose 30 Pf.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.

Segler-Club „Hansa"
Sonntag den 9. Februar:
Kappen-Fest
im Club-Lokal „Wakenitz-Bellevue".
Herren Karte 50 Pfg Ende 2 Uhr.

Circus Variété.
Freitag den 7. Februar 1902:
Zur Feier
der 1000. Specialit.-Vorstellung
Benefiz- und Ehren-Abend
für
Heinr. Kalnberg
Leiter dieser 1000 Vorstellungen.
Grosses Doppel-Concert.
2 Musik-Kapellen.
Fest-Prolog
gesprochen von Frau Norden.
Auftreten von Heinr. Kalnberg
mit 5 neuen Vorträgen.
Auftreten aller Specialitäten.
3 gänzlich neue Debuts.
Jeder Besucher der heutigen Festvorstellung erhält ein Souvenir.
Anfang des Concerts $7^1/_2$ Uhr.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Der ganze Circus ist geöffnet.
(Des beschränkten Raumes wegen haben Vereinsbillette Parquet und Vorzugskarten am Freitag keine Gültigkeit.)
Der interessanteste Abend
im Circus Variete.
Sonnabend:
Große Vorstellung mit Heinr. Kalnberg.

Stadt-Theater.
Freitag den 7. Februar. Anfang 7 Uhr.
108. Abon.-Vorst. 130. Vorst. 19. Freitags-Ab.
2. und letztes Probe-Gastspiel des Herrn
Julius Deutsch
vom Wilhelm-Theater in Magdeburg.
Cavalleria Rusticana.
Oper in 1 Aufzug von Pietro Mascagni.
(Turiddo . . **Julius Deutsch** als Gast.)
Vorher:
In Civil.
Schwank in 1 Akt von Gustav Kadelburg.
Sonnabend den 8 Februar:
Wohlthätigkeits-Vorstellung.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 32 — Freitag, den 7. Februar 1902. — 9. Jahrgang.

Unlauterer Wettbewerb.

Im Reichstage haben dieser Tage mehrfach Debatten über die sozialpolitische Gesetzgebung stattgefunden, wobei die Herren vom Zentrum wie schon so oft behaupteten, was an gesetzlichem Arbeiterschutz im Deutschen Reiche vorhanden ist, das habe die Arbeiterklasse der Zentrumspartei zu verdanken. Dieser demagogische Kniff wird den Arbeitern schwerlich imponiren, immerhin aber lohnt es sich, einen Rückblick darauf zu werfen, wie die Arbeiterschutzgesetzgebung — „das bischen Arbeiterschutz" — in Deutschland gekommen ist.

Als die Gewerbeordnung geschaffen wurde, machte die liberale Bourgeoisie den Arbeitern einige kleine Zugeständnisse, wie z. B. das inzwischen so vielfach durchlöcherte Recht, Vereinigungen zur Erlangung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen zu bilden, das „bischen Koalitionsrecht", zu dessen Beseitigung die Schlotjunker inzwischen so große Anstrengungen gemacht haben. Das Truckſystem wurde beseitigt und sogar ein Antrag Bebel's auf Abschaffung der Arbeitsbücher akzeptirt. Dabei blieb's, einige Anläufe, wie freie Hilfskassen usw., ausgenommen. Im Jahr 1877 aber trat die damalige sozialdemokratische Fraktion mit einem großen und umfassenden Arbeiterschutzgesetz hervor. Das Zentrum war dabei nur insofern betheiligt, als zwei seiner Mitglieder, Schorlemer-Alst und Pfafferott, ihre Unterschrift geliehen hatten, damit das Gesetz überhaupt eingebracht werden konnte, weil die sozialdemokratische Fraktion nur zwölf Mann stark war. Die beiden Zentrumsmitglieder waren mit dem Gesetze selbst nicht einverstanden, aber sie wollten anständiger Weise mitwirken, daß die wichtige Materie überhaupt auf die Tagesordnung kam.

In der Debatte wurde das Arbeiterschutzgesetz fast von allen Seiten als ein Stück vortrefflicher gesetzgeberischer Arbeit anerkannt, aber in den Papierkorb versenkt. Keine Partei außer der Sozialdemokratie wollte von Arbeiterschutzgesetzgebung etwas wissen.

Im folgenden Jahr kam das Ausnahmegesetz und die allgemeine Sozialistenhetze. Da dachte zuerst Niemand an Arbeiterschutzgesetze und die Sozialdemokratie war ganz vom Kampfe gegen die Bismarck'sche Polizeiwirthschaft in Anspruch genommen. Inzwischen aber hatte sich Bismarck ein Plänchen zurecht gemacht. Schon in den sechsziger Jahren hatte er die Arbeiter für sich einfangen und dieselben der liberalen Bourgeoisie in den Rücken fallen lassen wollen. Er war aber damit abgeblitzt. Jetzt, da die bekannten Sozialisten sämmtlich das Damoklesschwert des Sozialistengesetzes über ihren Häuptern hängen hatten, wollte er einen Keil zwischen die Sozialdemokratie und die Arbeitermassen schieben. Er kam mit Kranken- und Unfallversicherung. Das war die Taktik mit „Zuckerbrod und Peitsche". Der sozialdemokratischen Fraktion ging die Bismarck'sche „Sozialreform" nicht weit genug; sie mußte aber auch schon darum sich ablehnend gegen diese Sozialgesetzgebung verhalten, um das auf „Arbeiterfangerei" gerichtete Spiel Bismarcks zu durchkreuzen. Diese Haltung ward und wird von den klassenbewußten Arbeitern durchaus gebilligt.

Und „wie er sich räuspert und wie er spuckt, das haben sie Alle ihm abgeguckt". Das Abgeschmackteste, was man je gesehen, war im Reichstage und in der Presse an der Tagesordnung; die bürgerlichen Parteien rissen sich um die Gunst „des berühmten armen Mannes", wie Bismarck höhnisch sagte. Alle wollten mit einem Male „von jeher" für eine Arbeiterschutzgesetzgebung begeistert gewesen sein. Sogar die eingefleischtesten Manchestermänner, die auch die geringste Einschränkung der Ausbeutungsfreiheit der Unternehmer als „unberechtigten Eingriff des Staates in die persönliche Freiheit" zu bezeichnen pflegten, sangen mit einem Mal Hymnen auf den Arbeiterschutz. Man muß bedenken, daß dieselben Leute zum großen Theil das Sozialistengesetz mitgeschaffen hatten und daß die Polizeihetze gegen die Sozialdemokratie zur selben Zeit fröhlich weiter ging, um den Ekel zu begreifen, mit dem „der arme Mann", die klassenbewußten Arbeiter auf dies Treiben der bürgerlichen Parteien herabsehen mußten. Selbst einem Bismarck wurden die neuen, theils aus einfachen Dümmlingen, theils aus frechen Demagogen bestehenden „Arbeiterfreunde" widerwärtig. Er hatte doch mit seiner „Sozialreform" nur begonnen, um die bedenklichen Wirkungen des Sozialistengesetzes einigermaßen zu paralysiren und die Arbeiter wieder mit dem Polizeistaat zu versöhnen. Darum sprach er sich über die neuen „Arbeiterfreunde" indirekt aus. Er sagte, daß man, was an Arbeiterschutz vorhanden, nur dem Drängen der Sozialdemokratie verdanke, die insofern ein ganz nützliches Element sei. Er gestand damit seine Beweggründe ein und stellte sich damit allerdings höher als jene neugebackenen „Freunde" des armen Mannes und ihre heutigen Nachtreter.

Die sozialdemokratische Bewegung hat sogar unter dem Banne des Sozialistengesetzes dem Klassenstaat Zugeständnisse abgerungen.

Das Zentrum hat bei der Ausgestaltung dieser Zugeständnisse die Rolle des Bremsers gespielt. Die Vorschläge der Regierung gingen ihm manchmal zu weit, wie beim Unfallversicherungsgesetz, wo Windthorst drohte, das Gesetz zu Falle zu bringen, wenn nicht die von der Regierung beantragten Arbeiterausschüsse, die ein kleines Gegengewicht gegen die Berufsgenossenschaften der Unternehmer bilden sollten, gestrichen würden. Und sie wurden gestrichen. Daß unsere ganze Arbeiterschutzgesetzgebung so lückenhaft und kümmerlich ist, das muß wesentlich als ein Werk des Zentrums bezeichnet werden. Natürlich — es giebt ja auch „katholische" Kapitalisten und Ausbeuter.

Wenn das Zentrum sich dieser seiner Rolle unter heuchlerischer Verschleierung der Thatsachen rühmt, so ist das eben unlauterer Wettbewerb um die Gunst des armen Mannes, wie wir ihn schon gekennzeichnet. Die Sozialdemokratie hat es gar nicht nöthig, auf dieses Niveau herabzusteigen. Die klassenbewußten Arbeiter werden niemals sich einreden lassen, daß sie von den von den herrschenden Schichten getragenen Parteien mehr und Besseres zu erwarten haben, als von der von ihnen selbst getragenen sozialistischen Bewegung.

Die Quittung für seine sozialreformatorische Thätigkeit hat das Zentrum aus den Reihen der von ihm selbst organisirten katholischen Arbeiter erhalten, von wo man ihm zurief, daß die vom Zentrum bewirkte Vertheuerung der Lebensmittel „das Bischen Arbeiterschutz" mehr als zehnfach aufgewogen habe.

In der That hat das Zentrum alle die Zölle und Steuern, die den Arbeiter so schwer belasten und die nothwendigen Lebensmittel vertheuern, mitbewilligt und hat die Ausgaben durch Flottenbewilligung u. s. w. eminent vermehrt. Jetzt will es auch noch den Wuchertarif bewilligen. Da sollte man doch den Mund nicht so voll nehmen.

Die Arbeiter wissen schon, was sie von den Schwarzen zu halten haben, sogar die „katholischen" und die „christlichen".

Soziales und Parteileben.

Zu 100 Mark Geldstrafe wurde der Genosse Meerfeld in Köln, Redakteur der „Rheinischen Ztg.", verurtheilt. Er soll die dortige Hafenverwaltung beleidigt haben durch die Behauptung, sie habe einen in ihrem Bereiche vorgekommenen Diebstahl vertuschen wollen.

Zu den Nürnberger Vorgängen wird der „Sächs. Arb.-Ztg." noch geschrieben: Der Ausschluß von drei alten Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins Nürnberg-Altdorf, der freiwillige Austritt und die Mandatsniederlegung des Landtagsabgeordneten Scherm haben in der Gesammtpartei das größte Aufsehen gemacht. Aber die Sache ist doch infolge einer irrthümlichen Auffassung durch den „Vorwärts" (die auch bei uns wiedergegeben wurde) beträchtlich schlimmer dargestellt, als sie in Wirklichkeit ist. Es handelt sich nicht um Verräther; auch die schärfsten Gegner der Ausgeschlossenen haben ihnen nicht nachsagen wollen und können, daß sie Parteiverrath getrieben hätten. Es handelt sich vielmehr um eine allerdings sehr tadelnswerthe Handlung, die jene Genossen im Interesse der Partei unternehmen zu dürfen glaubten. Bei der Ueberführung des Nürnbergischen Unternehmens in Parteibesitz gingen die Meinungen der Parteigenossen auseinander; als nun auch noch der plötzliche Tod des Abg. Oertel hinzukam, erhitzten sich die Leidenschaften immer mehr. Die Opposition gegen die Parteileitung hielt sogar eigene Versammlungen ab. Besonders beklagenswerth war der Umstand, daß das gegnerische Blatt, der „Fränkische Kurier", über die inneren Parteiangelegenheiten fortdauernd genau unterrichtet wurde; jene vier Parteigenossen wollten nunmehr den „Kurier" einmal gründlich „hineinlegen" und sandten ihm deshalb einen von ihnen gefertigten Bericht über eine Versammlung der Parteiopposition, den sie mit dem Namen eines Parteigenossen unterzeichneten. Dieses entschieden tadelnswerthe Manöver gelang auch, der „Kurier" ging in die Falle, die Parteiopposition wurde desorientirt. Nicht nachgewiesen, ja nicht einmal behauptet wurde dagegen, daß die vier jetzt so streng bestraften Parteigenossen mit irgend einer der direkt verrätherischen „Kurier"-Notizen in Zusammenhang gestanden hätten. Wenn man sich einen Begriff machen will von der Gehässigkeit, mit der der „Kurier" unsere Parteileitung in jener Zeit angriff, so muß man bemerken, daß dieses edle Blatt unsere Genossen sozusagen als die „Mörder" Oertels hinzustellen liebte; das entschuldigt freilich ihre unbesonnene That nicht, aber es läßt sie doch in einem wesentlich anderen Lichte erscheinen. Ungerecht wäre es vor allem, wenn man nicht dieser einen Verfehlung der Ausgeschlossenen und Ausgeschiedenen auch ihre langjährigen Verdienste um die Partei entgegenstellen wollte. Ein wirklich klares Urtheil kann man nur bei genauer Kenntniß aller in Betracht kommenden Umstände erlangen; deshalb darf aber auch die auf ganz ungenügender Information beruhende schroffe Verdammung durch den „Vorwärts" nicht unwidersprochen in die Welt gehen.

Aus Nah und Fern

Kleine Chronik. Eine aufregende Szene spielte sich dieser Tage im Thiergarten in Königsberg ab. An der Kraftzuleitung der elektrischen Straßenbahn war etwas in Unordnung gerathen. Der technische Leiter der Straßenbahn-Gesellschaft, Grindler, war selbst hinzugeeilt, um die Sache in Ordnung zu bringen. Er hielt die Leitung für stromlos und faßte sie mit beiden Händen an. Augenblicklich aber brach er mit einem Aufschrei zusammen. Seine Hände krampften sich an dem Drahte fest und waren nicht zu entfernen. Mit großer Geistesgegenwart versuchte ein Angestellter der Straßenbahn, vermittelst seiner Gummischuhe anzufassen und zu isoliren. Grindlers Befreiung gelang indessen noch nicht. Nur einem glücklichen Umstand ist sie zu danken. Der Draht riß nämlich bei den Bemühungen zu seiner Befreiung, und dies rettete ihm das Leben. Er kam sofort wieder zur Bewußtsein und hat außer argen Brandwunden an den Händen sonst keinen Schaden genommen. — Vor einigen Tagen starb nach einer Meldung der „Tilsiter Allg. Ztg." in W. bei Allenstein die Rentiere Frau K., die im Gelde thatsächlich verhungert ist, an Entkräftung. Daß die bis zum Geiz sparsame Frau Geld gespart habe, wußte jeder, daß sie aber den lachenden Erben 300 000 Mk. hinterlassen werde, daran hatte wohl keiner geglaubt. An einem Hering und einigen kalten Kartoffeln aß die Frau, die ein hohes Alter erreicht hat, oft 2 bis 3 Tage. — Das Schwurgericht in Thorn verurtheilte den Telegraphen-Assistenten Scharlee wegen Unterschlagung im Amte und Beiseiteschaffung von Urkunden zu einem Jahre Gefängniß. —

Joseph Coney.

Roman von John Law.

Aus dem Englischen von J. Cassirer.

26. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Hätte Jos Polly nicht so viel Vertrauen geschenkt, sagte er sich, wäre alles ganz anders gekommen. Aber sie schien ihm eben nicht so wie andere Weiber zu sein. In seinen Gedanken hatte er sie stets mit Erinnerungen aus seiner Heimath verbunden, insbesondere mit seiner Mutter, seiner einzigen Verwandten, die bereits sechs Fuß unter der Erde lag. Und jetzt hatte sie ihn hintergangen, weil er — arbeitslos war, sie hatte ihn verlassen für einen Mann, der sein geregeltes Einkommen hatte.

Er betrachtete sich seinen zerrissenen Anzug und seine alten, durchlöcherten Stiefel. Polly hatte sich vor ihm geekelt und war vor ihm bis an den äußersten Rand des Trottoirs zurückgewichen. Nun wohl, er sah wie ein Landstreicher aus, daran war kein Zweifel; aber es war doch nicht seine Schuld. Seitdem er damals in einem guten Anzuge mit zwei Koffern zu Mrs. Elwin gekommen war, hatte er sich unablässig bemüht, Arbeit in seinem Gewerbe zu finden. Wenn aber sogar Zimmermeister wie Reeson ins Arbeitshaus gehen mußten, was blieb ihm dann übrig? War er doch nur ein Dorf-Handwerker.

Auf einmal war es ihm, als ob er Polly in ihrem Zimmer, in dem er sie zum ersten Mal gesehen hatte, über ihre Arbeit gebeugt sitzen sähe. Dort hatten sie manch glücklichen Tag zusammen verbracht, und von dem kleinen Hause, das sie in Hackney miethen wollten und in das täglich der Schlächterbursche kommen sollte, geplaudert. Jetzt würde er sie nie mehr wiedersehen; sie hatte ihn betrogen; jetzt sitzt gewiß jener William Ford bei ihr; jetzt wird sie dieser Kerl küssen; dieser Kerl —

Er ging weiter und schlug den Weg nach der Wohnung des „Klassenleiters" ein; er hatte nicht übel Lust, dem gottesfürchtigen jungen Manne das Genick zu brechen, um wenigstens etwas zu thun.

Aber sein Körper war zu sehr geschwächt, und er selbst fühlte sich auch zu unwohl, als daß solch leidenschaftlicher Eifer bei ihm festen Fuß fassen konnte. Er blieb wieder stehen, lachte und murmelte vor sich hin: „Die kleine Schlange".

Dann sah er sich nach einer „Destille" um, denn er fühlte, daß er etwas „Geistiges" zu sich nehmen müsse. Er wußte, daß der Schnaps seinen Körper neu beleben und sein Bewußtsein ertödten würde. „Und schließlich," sagte er sich, „bin ich ja doch am meisten zu tadeln. Warum hab' ich der kleinen Schlange so sehr vertraut?"

Mit diesen Worten, die er vor sich hin sprach, stieß er die Thür eines Schnapsladens auf und trat auf den Schenktisch zu, an dem wohl ein halb Dutzend Männer und Frauen stehen mochten. „Sie wünschen, mein Herr?" fragte das Büffettfräulein.

Er fuhr mit der Hand in die Tasche, zog sie aber ganz verdutzt wieder heraus und verließ das Lokal. Hinter sich hörte er die Sticheleien der Männer und das Gelächter der Frauen. Draußen auf der Straße hüllte ihn die feuchte Luft förmlich wie eine Decke ein, und mühsam schleppte er sich bis an den nächsten Laternenpfahl. In der nächsten Nähe befand sich eine Schaubude, vor der Männer standen, die mit bloßen Schwertern hantirten, um das Publikum zur Besichtigung des „Armes, der kein Fleisch hatte und nur aus Knochen bestand", anzulocken, „etwas, das jede Mutter sehen müßte". In heutiger Zeit rentirt es besser, als Mißgeburt auf die Welt zu kommen, wie als ein Mann, der außer seinen gesunden Gliedern nichts weiter besitzt. Die Mißgeburt braucht nur still zu stehen und sich angaffen zu lassen, und kann dabei leicht fünf Pfund den Abend verdienen, während der Mann mit den gesunden Gliedern nur Waare auf dem Arbeitsmarkt ist, die keinen Absatz findet. Der Junge mit dem „Knochenarm" zeigte sich außerhalb der Bude; er war à la Buffalo Bill gekleidet und balancirte einen Spieß auf seinem Kinn. Er ging dann wieder in die Bude hinein, um dort noch andere Heldenthaten zu vollbringen, und das Volk strömte in Schaaren herein, um das zu sehen, „was jede Mutter sehen müßte".

Jos ging an der Schaubude vorüber, ohne hinein zu sehen. Männer und Frauen rannten ihn an, aber er beachtete es nicht. Er bemerkte weder die alten Weiber, die Fische und Schweinsfüße verkauften, noch die alten Männer, die Schnürsenkel und Kragenknöpfe ausriefen; ebensowenig die Verkaufsstände, auf denen billige Waaren und allerlei Kram feilgeboten wurden, auch nicht die Zeitungsjungen und die Straßenreiniger. Er fühlte sich krank und hoffnungslos. Polly war noch das letzte Glied gewesen, das ihn mit seiner Vergangenheit verband, einer Vergangenheit, die von der Gegenwart, in der er sich befand, so verschieden ist, wie das Licht von der Finsterniß. Und jetzt hatte sie ihn hintergangen. Es war zu spät, um nochmals von Neuem anzufangen, und er hatte auch nicht mehr Kraft genug, um den Kampf gegen „sein Unglückliches Schicksal" (er schrieb „unglückliches" mit einem großen „U") wiederholt aufnehmen zu können. Immer und immer wieder hatte er sich wiederholt: „Wenn nur Gott der Allmächtige mir Arbeit geben wollte, dann will ich gar nichts weiter mehr von ihm erbitten" — und rein nichts war dabei herausgekommen.

Das Unglück hatte ihn in den Schnapsladen getrieben, wie es ja täglich Leute dahin führt, die „außer Arbeit" sind, „für deren Dienste man keine Verwendung hat". Er lechzte förmlich nach Schnaps. Seit jenem Tage, an dem die Frau des Dockarbeiters ihm für drei Pence Schnaps geholt hatte, hatte sich seiner ein unwiderstehliches Verlangen nach geistigen Getränken bemächtigt. Wie der Dockarbeiter meinte: „Er hatte sich so sehr dem „Suff"

Wie über **Breslau** von der russischen Grenze gemeldet wird, hatte sich der Bankier Wolf Cohn aus Kalisch vor zwei Wochen aus seiner Wohnung entfernt, ohne wiederzukehren. Jetzt wurde am Prosnaflusse ein zugenähter Sack gefunden, in dem sich die Leiche des Verschollenen befand. Sie war stark zerschlagen. Von dem Mörder fehlt jede Spur. — Der unter dem Verdacht der Ermordung der gräflich Schaffgotschen Förster Klaemt und Weniger verhaftete Restgutsbesitzer August Selling aus Lichtenwaldau ist aus der Untersuchungshaft in **Hirschberg** entlassen worden. — Bei den rheinischen Stahlwerken in **Ruhrort** erlitten am Montag 6 Personen am Hochofen schwere Brandwunden, denen der Meister Feller und der Arbeiter Barkowiak bereits erlegen sind. — Bei dem heftigen Sturm, der Sonntag im Ruhrgebiet herrschte, entwurzelte der Wind in **Rellinghausen** einen großen Baum. Beim Niederstürzen traf dieser zwei 13 jährige Schulmädchen; eines blieb auf der Stelle todt, das andere starb nach einigen Stunden an den erhaltenen schweren Verletzungen. — 14 Baptisten aus dem Orte **Feketeto** in Ungarn wollten in einem Kahn über die Körös nach einem am anderen Ufer befindlichen Bethaus hinüberfahren. Der Kahn schlug hierbei um. 6 Personen ertranken. — Infolge von Schneefällen gingen bei **Peveragno** (Italien) Lawinen nieder, wodurch ein Haus niedergerissen wurde; mehrere Menschen verunglückten. Auch aus anderen Theilen von Piemont und aus Venetien werden seit mehreren Tagen Schneestürme gemeldet. — Auf dem Schlosse **de la Grillere** (Frankreich) wurden der Graf de Bethune und seine Gäste infolge eines Versehens des Koches, welcher eine Sauce mit Salmiak angerichtet hatte, vergiftet. Der Graf starb sofort, während die Gäste schwerkrank darniederliegen. — Ein furchtbarer Schneesturm und Orkan wüthete Montag im Osten von **Kanada**. Jeder Verkehr auf den Straßen und mit der Eisenbahn war unterbrochen. Die Zufuhr von Lebensmitteln nach Montreal ist bedeutend eingeschränkt, da es den Farmern unmöglich ist, ihre Erzeugnisse auf den Markt zu bringen. Der Sturm war der stärkste, der seit vielen Jahren in Kanada erlebt wurde.

Die Geheimnisse der Polizeiwache. Ein großer Beleidigungsprozeß, in dem die **Spandauer Polizei** keine beneidenswerthe Rolle spielte, hat in der Nacht zum Sonntag nach zweitägiger Verhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II in Berlin seinen Abschluß gefunden. Es standen zwar nur zwei Angeklagte vor den Schranken, aber es waren mehr als 70 Zeugen geladen. Angeklagt war der Maurer Peter **Gryga** und der Cigarrenarbeiter und frühere Redakteur Wilhelm **Pieper**, beide aus Spandau. Der Erstere war beschuldigt, in einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft vom 24. Juni v. J. die Polizeisergeanten Böhm, Pöschla, Habich und Täuber, sowie den Wächter Stewe wider besseres Wissen der Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Mißbrauchs der Amtsgewalt bezichtigt zu haben. Der Angeklagte Pieper hat sich nach der Anklage der Beleidigung schuldig gemacht, indem er in der Nummer 15 der von ihm redigirten Zeitung „Die Laterne" vom 24. Juni v. J. von den vorgenannten Beamten nicht erweislich wahre beleidigende Thatsachen behauptete. Der Angeklagte Gryga gab bei seiner Vernehmung an, er sei am Sonnabend, 21. Juni, aus Berlin von der Arbeit gekommen und im Bartz'schen Schanklokale eingekehrt. Dort sei er in Streitigkeiten mit Gästen gerathen und mißhandelt worden. Auf der Spandauer Polizeiwache, wo er um Feststellung der Thäter bat, habe er sein Recht nicht gefunden. Er sei als Obmann einer Streikkommission den Polizeiorganen mißliebig gewesen. Diese hätten ihr Müthchen an ihm gekühlt und ihn in eine **unterirdische Zelle gebracht**, nachdem er arg mißhandelt worden sei. Erst am nächsten Tage sei er entlassen worden. Der Angeklagte Pieper giebt zu, daß er den inkriminirten Artikel verfaßt und veröffentlicht habe, jedoch erst, nachdem Gryga die betreffenden Vorfälle in einer öffentlichen Versammlung in Gegenwart der überwachenden Beamten mitgetheilt habe. Er habe sich verpflichtet gehalten, an der Hand dieses Vorfalles die polizeilichen Zustände in Spandau zu besprechen, sowohl als Bürger, wie als Redakteur und Stadtverordneter. Die Zeugenvernehmung fiel durchaus zu Gunsten der Angeklagten aus. Der praktische Arzt Dr. med. Kalckstein, der den Angeklagten Gryga nach seiner Entlassung von der Wache untersucht und demselben ein Attest ausgestellt hat, bekundete, die Partien um die Augen seien blau und stark geschwollen gewesen, das Weiße in den Augen war blutunterlaufen, die Bindehaut verfärbt. Die Wangen waren an verschiedenen Stellen abgeschunden. Der Angeklagte habe gleich gesagt, daß er auf der Wache so zugerichtet worden sei, und dieser Angabe habe die Art der Verletzungen nicht entgegen gestanden. Auch an dem Oberarm und den Unterschenkeln hätten sich blutunterlaufene Flecke und Abschürfungen gezeigt, die durch Faustthiebe und Fußtritte herbeigeführt zu sein schienen. Augenarzt Dr. Meyer sagte ähnlich aus. Das Urtheil lautete auf **Freisprechung beider Angeklagten**. Bei Gryga wurde angenommen, daß ihm der **Wahrheitsbeweis in vollem Umfange gelungen sei**. Dasselbe wurde auch bei Pieper angenommen, diesem wurde aber daneben auch noch der Schutz des § 193 zugebilligt, denn als Bürger Spandaus, als Stadtverordneter und Redakteur stand ihm das Recht zu, öffentliche Mißstände öffentlich zu besprechen, sofern dieselben thatsächlich vorhanden seien, was im vorliegenden Falle erwiesen erscheine. Was geschieht nun aber mit den prügelnden Polizeibeamten?

Deutscher Muth. Gegen die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung" in **Berlin** schweben diverse Strafverfahren wegen Beleidigung, zumeist im Zusammenhang mit der Rolle, die dieses Blatt in der Konitzer Mordaffäre gespielt hat. Der verantwortliche Redakteur des genannten Blattes, Otto **Boeckler**, scheint guten Grund zu haben, den Ausgang der einzelnen Prozesse im Auslande abzuwarten. Als vor einigen Wochen Termin gegen ihn anstand, war er nicht erschienen, und das Gericht beschloß, ihn das nächste Mal zwangsweise vorführen zu lassen. Dienstag sollte Boeckler abermals als Angeklagter in einem Beleidigungsprozeß vor Gericht erscheinen. Er entschuldigte sein Ausbleiben mit Gesundheitsrücksichten mittelst eines anscheinend im Auslande geschriebenen, aber in Berlin auf die Post gegebenen Briefes. Der Staatsanwalt beantragte Boecklers Verhaftung, das Gericht beschloß abermals, da er vielleicht doch noch in Berlin sei und sich nur versteckt halte, seine zwangsweise Vorführung. Am 7. d. M. steht gegen Boeckler abermals Termin an, und zwar wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten zu Gumbinnen. In einem andern Verfahren ist Boeckler bereits zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Ein Jahr Untersuchungshaft! Der im vorigen Jahre vom Kriegsgericht in **Thorn** und vom Oberkriegsgericht des 17. Armeekorps wegen Achtungsverletzung, Beleidigung von militärischen Wachen in Idealkonkurrenz mit Achtungsverletzung zu einem Jahre drei Monaten Gefängniß und Dienstentlassung verurtheilte **Feuerwerks-Oberleutnant Roggenbrod** wurde, nachdem das Reichs-Militärgericht das Urtheil der zweiten Instanz wegen eines Formfehlers aufgehoben, in erneuter Verhandlung am Dienstag vom Ober-Kriegsgericht freigesprochen. Derselbe hat sich über ein Jahr in Untersuchungshaft befunden. — Ob das Verfahren nochmals die höheren Instanzen durchlaufen wird, bleibt abzuwarten. Gestraft ist der Angeklagte schon in jedem Falle durch die lange Untersuchungshaft übergenug.

Der Treberprozeß. Montag begann vor der Strafkammer in **Kassel** der große Treberprozeß, d. h. die Aufsichtsräthe der verkrachten Trebertrocknungs-Aktiengesellschaft haben sich wegen ihrer Schwindeleien zu verantworten. Die Anklage gegen die Aufsichtsräthe lautet: 1. wissentlich in ihren Darstellungen und in ihren Uebersichten den Stand der Gesellschaften sowie in den den Generalversammlungen gehaltenen Vorträgen den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft unwahr dargestellt und verschleiert zu haben; 2. absichtlich zum Nachtheil der Gesellschaft gehandelt; 3. in betrügerischer Absicht auf Täuschung berechnete Mittel angewendet zu haben, um auf die Börse und den Marktpreis von Aktien einzuwirken (Vergehen gegen §§ 314, 1 und 312 des Handelsgesetzbuches, § 75 des Börsengesetzbuches, bezw. Art. 249 b Nr. 1 249 d des alten Handelsgesetzbuches). Auf das gewissenlose Treiben der Kasseler Aufsichtsrathsklique wirft dieser Prozeß ein grelles Licht. Der Aufsichtsrath, der angeblich dazu da ist, die Geschäftsführung der Direktion zu überwachen, ist in den allermeisten Fällen eben nur eine Institution zur Ermöglichung des Tantieme-schluckens. Die moralische Qualität der Herren Aufsichtsräthe scheint überhaupt nicht in Frage zu kommen. So zwang der Vorsitzende des Kasseler Gerichts dem angeklagten Aufsichtsrath Schlegel das Geständniß ab, daß er bereits mit drei Jahren Gefängniß wegen **Unterschlagung, Betrugs und Urkundenfälschung vorbestraft** sei!!! — Wahrhaft rührend ist die Unbefangenheit, mit der die Aufsichtsräthe ihrem Unternehmen — fern standen. Der Angeklagte Otto wußte sich nicht einmal zu besinnen, bei welchen Tochtergesellschaften er überhaupt im Aufsichtsrath gesessen hat. Von der Tochtergesellschaft in Helsingfors hatte der Angeklagte Sumpf keine Ahnung, obwohl er bei ihr stellvertretender Direktor war. Die einzige selbstständige Thätigkeit des Aufsichtsraths bestand wirklich nur im Einstreichen der Tantieme. Nach eigener Aussage hat Sumpf jährlich 100 000, 80 000 und 60 000 Mk. erhalten, während Schlegel eine Summe von durchschnittlich 50 000 bis 60 000 Mark angiebt.

Ein Denkmal der Schande. Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein dürfte, hatten lex-Heinze-Fanatiker in **Elberfeld** einen eben erst fertiggestellten Brunnen verstümmelt, weil einzelne der Figuren angeblich das Sittlichkeitsgefühl normaler Menschen verletzten. Dienstag hatte sich nunmehr die Stadtverordneten-Versammlung mit der Brunnenfrage zu befassen. Wie gemeldet wird, beschlossen 17 liberale Stadtverordnete gegen 13 Ultramontane und Konservative, die ein Feigenblatt beantragten, den **verstümmelten Brunnen verstümmelt zu lassen**. Für die Wiederherstellung stimmten 12 Personen, unter denen sich auch der Oberbürgermeister befand. — Dieser Beschluß trifft durchaus das Richtige.

Streikende Soldaten. Das Kriegsgericht von **Besancon** (Frankreich) verurtheilte den **Artilleristen Grasselin zu zwei Jahren Haft**, weil er sich beharrlich geweigert hatte, eine Kanone zu laden. Grasselin diente in Belfort und gewann dort in dem Infanteristen **Delsol** einen Anhänger für seine religiös-humanitären Ideen, die er in der Lektüre Erckmann-Chatrians, Viktor Hugos und Tolstois geschöpft hatte. Im Dienste wurde Delsol zuerst zum Waffengebrauch befohlen, und da er sich weigerte, vor seinem Meister zu zwei Jahren Haft verurtheilt. Vor Gericht berief er sich lediglich auf Grasselins Lehren. Der Prozeß des letzteren, der am 28. Januar stattfand, erregte daher weit mehr Interesse. Das Verhör ergab, daß Grasselin, der in Giromagny bei Belfort geboren ist, und der nachher in Tarare bei Lyon lebte, der Sohn eines brutalen Bauern und einer melancholischen Mutter, in seiner Jugend sich selbst überlassen blieb, aber ein eifriger Bücherleser war. Seine Vorgesetzten versuchten alle Mittel, um ihn zur Disziplin zu bewegen. Sie versprachen ihm nach kurzem Geschützdienst Beschäftigung als Krankenpfleger, aber Grasselin antwortete beharrlich, was er auch vor Gericht wiederholt hat, daß Christus gesagt habe: „Du sollst nicht tödten. Liebet euch untereinander." Der Vorsitzende, Oberst Chretien, der mit großer Mäßigung verfuhr, fragte hierauf Grasselin, was er thun würde, wenn Uebelthäter in das Haus seiner Eltern einbrächen und sie mit dem Tode bedrohten. Er antwortete: „Ich würde sie daran zu verhindern suchen, ohne sie zu tödten oder zu verwunden." Der Oberst fragte weiter, ob er das mit seinem Blick thun zu können glaube, darauf konnte der Angeklagte nichts erwidern. Der Irrenarzt, der ihn untersucht hat, erklärte, er sei geistig völlig gesund. Der als Regierungskommissar die Anklage führende Major Recordon machte namentlich geltend, daß Grasselin, wenn er nicht von seinen Ideen lassen wollte, hätte auswandern sollen.

Sturm im Kanal. Ein heftiger Sturm tobte dieser Tage im englischen Kanal; er hat fast den ganzen Schiffsverkehr unterbrochen und zahlreiche, theilweise mit großen Verlusten an Menschenleben verknüpfte Schiffsunfälle herbeigeführt. Von Southend aus sah man Freitag Nachmittag zwei Männer in der Takelage eines sinkenden Schiffes. Das Rettungsboot von Southend fuhr hinaus, der Sturm warf es aber zurück an den Pier, wobei es Beschädigungen erlitt, die man die Nacht hindurch auszubessern versuchte. Ein anderes Rettungsboot fuhr hinaus, konnte sich aber ebenfalls wegen des Sturmes nicht auf See halten. Am andern Morgen war das Schiff mit den beiden Männern verschwunden. Eine Bark, vielleicht eine deutsche, scheiterte an den Lewis-Klippen vor den Scilly-Inseln und versank mit der ganzen Besatzung in tiefem Wasser. Ein Rettungsboot begab sich zum Wrack, konnte aber nichts ausrichten. Zwei Leichen und ein Theil einer Deckkiste mit vermuthlich deutscher Inschrift, wurde gefunden, 60 bis 70 Dampfer, die nicht auslaufen konnten, ankerten Sonntag Abend in der Themsemündung. In **Falmouth** wurde der einzige Ueberlebende der zweiundzwanzig Mann zählenden Besatzung der französischen Bark „**Chanaral**" aus Dunkerque gelandet. Die Bark war Dienstag von Nantes abgesegelt. Freitag wurden drei ihrer Boote weggerissen, dann schlug die Bark um und versank mit dem Kapitän und fünfzehn Mann. Der erste Offizier und fünf Mann hatten sich ins vierte Boot gerettet, dieses schlug ebenfalls um und die fünf Personen ertranken. Der erste Offizier hielt sich am Boote fest, gelangte auch wieder hinein und wurde in diesem vom Sturme umhergeworfen, bis ihn der norwegische Dampfer „Viktoria" aus Bergen rettete.

---

ergeben, als ob er ihn von dem Vater oder der Mutter geerbt hätte."

Er setzte seinen Weg fort und wurde plötzlich von der Frau des Dockarbeiters angesprochen:

„Ah, sieh da, Mr. Coney, warum haben Sie sich denn so lange nicht sehen lassen? Was haben Sie denn mit Ihrem Auge gemacht?"

„Wie geht's Ihrem Kinde?" fragte Jos.

„Danke, recht gut. Bitte, kommen Sie doch mit und bleiben Sie zum Abendbrod bei uns. Mein Mann wird sich sehr freuen, Sie zu sehen. Kommen Sie doch, Mr. Coney."

Jos schüttelte den Kopf und ging weiter. Vor einem Zimmer, in dem ein großes Bett stand, blieb er stehen. Auf dem Bette lagen sechs Männer und daneben stand ein altes chinesisches Weib, das Pfeifen mit Opium füllte. Jos hätte auch ganz gern mal dieses Betäubungsmittel versucht, er hatte aber kein Geld mehr, um sich eine Pfeife voll zu kaufen und so blieb er denn vor dem zerbrochenen Fenster nicht länger stehen und ging weiter. Er kam jetzt in ein Gäßchen, das so schmal war, daß man nur noch gerade hindurch gehen konnte. Das Gäßchen führte in einen Hof, auf dessen einer Seite mehrere verfallene Häuser standen und dessen andere Seite eine Mauer begrenzte. Leute, die von ihrem Wirthe evmittirt worden waren, schliefen hier unter einem Zelte. Ueber die Mauer konnte man in den jenseits derselben fließenden Kanal sehen, und während Jos hineinsah, brachten zwei Weiber aus dem Hause einen Matrosen geschleppt. Die eine hielt ihn am Kopf, die andere an den Beinen, sie hoben ihn über die Mauer und ließen ihn auf die Brustwehr gleiten.

„Vom Opium betäubt!" sagte Jos zu sich. „Mich soll's nur wundern, ob er hier liegen bleiben oder ins Wasser fallen wird."

Aus dem Gäßchen schritt er heraus und kam an dem Hause vorbei, in dem die „Ostend-Gräfin" wohnte. Es war dies eine Frau, die schon seit zwanzig Jahren nicht mehr das Licht des Tages gesehen hatte. Die halbe Straße und ein großes Birthshaus an der Straße gehörten ihr, und mit einer Menge von Katzen, Esseln und Papageien theilte sie ihre Wohnung. Einer ihrer Lieblingshunde war eines schönen Tages von der vorhin erwähnten Mauer ins Wasser gestürzt, und ein Zechbruder von ihr hatte ihn wieder herausgeholt. Diesen Zechkumpan setzte sie als Wirth der ihr gehörigen Kneipe ein, und dort trank er sich zu Tode. Nach ihrem Tode wird ihr Besitz auf einen Neffen übergehen, der ebenso dem Trunke ergeben ist. In ihrer Jugend war sie von ihrem Liebhaber betrogen worden, und seit diesem Tage hat sie nie wieder das Licht der Sonne gesehen. „Wenn ich von einem Manne so behandelt worden wäre," hatte das Eichkätzchen einmal zu Jos gesagt, „hätte ich mir das Leben genommen."

Jos sah zu ihrem Fenster hinauf und mußte an die Absonderlichkeiten der „Ostend-Gräfin" denken. Dann ging er wieder weiter. Er kam auch an dem Platze vorbei, auf dem Schildkröten, die zur Bereitung der berühmten „Schildkröten-Suppe" auf dem berühmten Lord-Mayors-Mahle dienen, feilgehalten werden, und er wunderte sich unwillkürlich über das zähe Leben dieser Thiere, denn obwohl man ihnen schon des Morgens den Kopf abschneidet, sterben sie doch erst in der darauffolgenden Nacht. Endlich kam er auch an den Fluß und wanderte dicht am Wasser, an den Barken und Schiffskörpern vorbei. Er sah den Widerschein des Wassers und konnte den Seetang riechen. Aber es war kalt hier und der kalte Wind machte ihn frösteln. Er ging wieder auf die Hauptstraße zurück, wo man kaufte und verkaufte, wo man zusammen plauderte und sich zankte und wo er auch nicht ein einziges lebendes Wesen kannte. Auf den Straßen drängten sich Männer, Frauen und Kinder, durch die offenen Hausthüren konnte man in die Zimmer hineinsehen, die mit Bewohnern angefüllt waren, und nur er allein fühlte sich so einsam und verlassen, als ob er schon im Grabe läge. Hätte er eine goldene Uhrkette getragen, dann würde ihn wohl jemand angefallen und sie ihm weggenommen haben; wäre er eine von weiter Fahrt kommende „Teerjacke" gewesen, dann würde ihn ganz gewiß eine Sirene in die Kneipe gelockt haben. So sah er aber nur wie ein Landstreicher aus, und niemand schenkte ihm irgend welche Beachtung; nur als er gegen einen Mann anrannte, fluchte dieser auf ihn, und als er eine Frau streifte, suchte diese ihn vom Trottoir zu drängen.

So ging er weiter, bis er zu einer schönen alten Kirche kam. Gerade, als er sie erreicht hatte, begannen ihre Glocken zu läuten. Er blieb stehen, um zuzuhören. Es hörte sich so an, als ob der Glockenklang aus weiter Ferne von der lärmenden Stadt käme, wie das Echo von Glocken, die er vor langer Zeit gehört hatte, der Glocken seines Heimathdorfes. Er dachte an den Kirchhof, auf dem seine Mutter lag, an jenen stillen, friedlichen Ort, wo durch die dunklen Föhren der Mond auf die Gräber schien. „Still und gerettet" stand auf seiner Mutter Grabstein; sie hatte es so gewünscht. Jetzt lag ganz gewiß John Datchett, der Pfarrer, neben ihr. Jos erinnerte sich des Tages, an dem er im Pfarrhause war, um Abschied zu nehmen.

Wie ein Blitz durchfuhr Jos der Gedanke: „Ich will wieder nach Hause gehen."

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.